

PROTOKOLL

über die 46. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 20. März 2003, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Stefan Fröhlich, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Dr. Wilfrid Wetzl

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) GHJ2-6/03 Neubestuhlung Speisesaal; Rathaus.

2) GHJ2-12/03 Neuanschaffung der Büroeinrichtung für die FA für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen.

3) GHJ2-12/03 Einbau einer Nurglasanlage in der FA für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

1) FW-1/03 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige

der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

- 2) Fin-34/03 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.
- 3) BauGru-35/98 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 107; Möbel Lutz.
- 4) VerkR-133/03 OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV); Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2003.
- 5) Fin-239/01 Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrums Ennsleite; Weiterleitung einer Landesförderung.
- 6) Fin-283/98 ASKÖ Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Club- und Schulungsräumen; Weiterleitung einer Landesförderung.
- 7) Fin-193/01 Connect Sprung & Rabitsch, Wolfenstraße 20 b, 4400 Steyr, Gewerbeförderung.
- 8) Fin-65/03 Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen von Euro 200.000,-- für die Beseitigung der Hochwasserschäden in der Schwimmschule Steyr durch den Verein Freunde der Schwimmschule.
- 9) Fin-120/02 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2002 in das Finanzjahr 2003.
- 10) Ges-29/02 Gründung der Stadtmarketing Steyr GmbH.
- 11) Präs-119/03 SP-Gemeinderatsfraktion; Stopp dem Ausverkauf der öffentlichen Dienstleistungen und der Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung; Stopp der GATS-Verhandlungen; Resolution.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 12) Fin-100/02 Alten- und Pflegeheim Tabor; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2003.
- 13) SH-2/02 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen; Ergänzung des Grundsatzbeschlusses.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 14) Fin-41/03 OÖ. Tierschutzverein, Zweigstelle Steyr, Subvention 2003.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 15) ÖAG-3/03 Umfahrung Dietachdorf; Grundeinlösen, Kaufvereinbarungen mit dem Land Oberösterreich; Straßenverwaltung bzw. den Ehegatten Ernst und Emilie Metz sowie der Stadt Steyr.
- 16) Fin-170/98 SK Amateure Steyr, Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines neuen Kabinengebäudes; Ausfinanzierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 17) Stw-7/03 OÖ. Verkehrsverbund - Auslaufen des Leistungsvertrages mit Zusatzvereinbarung; Neuabschluss eines Verkehrsdienstvertrages und Kooperationsvertrages mit der OÖ. Verkehrsverbundsorganisationsgesellschaft mit beschränkter Haftung.
- 18) Stw-9/03 Städt. Wasserwerk; Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 4. 2003.
- 19) Stw-10/03 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag; Neufassung mit Wirksamkeitsbeginn des Gaswirtschaftsgesetzes II zum 1. 10. 2002.
- 20) Stw-11/03 Städt. Gaswerk; Gaswirtschaftsgesetz II, gültig ab 1. 10. 2002; Vertrag des Netzbetreibers Stadtwerke mit Bilanzgruppenkoordinator AGCS Gas Clearing and Settlement AG

Wien.

21) Stw-13/03 Städt. Gaswerk; Gaswirtschaftsgesetz II, gültig ab 1. 10. 2002; Vertrag über die Festlegung und Abwicklung der Ausgleichszahlungen gem. § 23 c des Gaswirtschaftsgesetzes II mit der OÖ. Ferngas AG.

22) Stw-110/02 Stadtbad Steyr - Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2003.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

23) Fin-276/02 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2003.

24) BauBrü-2/01 Schönauer- und Vorlandbrücke; Randbalkenerneuerung 1. Teil; Vergabe der Arbeiten.

25) BauT-10/02 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr 2002; Kanalisation Ennsleite Steilstrecke NK Glöckelstraße; Vergabe Schutzzaun; Steinschlagverbauung.

26) K-1/03 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2003 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

27) BauH-24/00 Kirchliche Ensembles in Steyr; Renaissancefriedhof Steyr; Gesamtsanierung 4. Rate, Kapellen-Vorplatz Marienkirche, Schmiedeeisengitter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

28) Fin-182/02 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2003.

29) Fin-260/02 Musikverein Gleink; Förderung für angekauftes Schlagzeug.

30) Fin-26/03 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

31) Fin-7/03 Kulturverein Röd@; Jahressubvention 2003.

32) Fin-62/03 Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2003.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat. Ich möchte die heutige GR-Sitzung offiziell eröffnen und möchte die ordnungsgemäße Einberufung dieser GR-Sitzung feststellen. Die Beschlussfähigkeit ist dadurch ebenfalls gegeben. Entschuldigt hat sich Herr GR Dr. Wetzl. Etwas später zu uns stoßen wird Herr GR Fröhlich. Protokollprüfer sind heute GR Keiler Stephan und GR Mag. Frech Michaela.

Ich komme zur Beantwortung „Allfälliger Anfragen“.

Frau Gemeinderätin Elfriede Reznar, von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, richtete mit Schreiben vom 10. März 2003 folgende Anfrage an mich mit dem Ersuchen um Weiterleitung an den zuständigen Referenten. Ich ersuche den zuständigen Referenten, Herrn Stadtrat Gunter Mayrhofer, diese Anfrage zu verlesen und zu beantworten:

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

So, ich darf die Anfrage zur Verlesung bringen.

„Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 22. 3. 2001 habe ich bereits an sie eine Anfrage betreffend das Fassadennetz mit der Abbildung des Steyrer Rathauses gerichtet, welches mittels Kreditaufnahme und Darlehensaufnahme um damals ATS 190.782,- angekauft wurde, gerichtet. In ihrer Beantwortung haben sie den teuren Ankauf und die leihweise Weiterverwendung um eine Leihgebühr von ATS 30.000,- deshalb für gerechtfertigt erachtet, dass sich dieses Fassadennetz einerseits zur optischen Verbesserung des Stadtbildes und andererseits für Werbezwecke im Bereich der Kultur, Partnerstädte, Tourismusmessen und Festveranstaltungen eignen würde. Nachdem in der Zwischenzeit 2 Jahre vergangen sind und Erfahrungswerte vorliegen müssen, ergeht daher an sie

folgende Anfrage:

Welche Maßnahmen und Bemühungen wurden unternommen, um das Fassadennetz für die von ihnen genannten Bereiche zu vermieten?

Wo konnte bisher das Netz eingesetzt werden?

Welcher Erlös konnte aus einer Vermietung erzielt werden?

In welcher Form hat sich die FA für Altstadterhaltung und Denkmalschutz mit Bauwerbern in Verbindung gesetzt, um dieses Fassadennetz in Verwendung zu bringen?

Wo befindet sich das Fassadennetz zur Zeit?

Ich darf dazu antworten: Wie allgemein bekannt ist, ist es ja in der Zwischenzeit nirgends gehangen. Man hätte es selbstverständlich gesehen. Auch in den Medien wäre es natürlich erwähnt worden. Bei allen Sanierungsmaßnahmen die im Innenstadtbereich stattfinden, wo also dieses Netz zur Anbringung kommen könnte, wird es bei Gesprächen natürlich angeboten. Es hat sich nur bisher kein einziges Objekt angeboten von der Größe und auch vom Zeitpunkt. Es war in der Zwischenzeit kein Gebäude eingerüstet in der Enge, im Grünmarktbereich oder am Stadtplatz, welches der Größe entsprochen hätte. Darum konnte natürlich auch kein Erlös erwirtschaftet werden. Die Fachabteilung, weil sie angesprochen haben wie sie an die eventuellen Interessenten herantritt, prüft bei den jeweiligen Sanierungsvorhaben die mögliche Anbringung des Netzes. Bisher war durch die Größe des Netzes die Verwendung auf anderen Gerüsten nicht geeignet.

Das Netz wird derzeit, wie auch bisher, im Wirtschaftshof gelagert. D. h., der Herr DI Kremsmayr ist jederzeit bereit, das auch zu zeigen.

Das Netz könnte bei Messen und Werbeveranstaltungen der Stadt eingesetzt werden. Anbieten würde es sich bei Veranstaltungen. Es fährt jetzt auch wieder eine Delegation nach Plauen und wir werden es in Plauen ebenfalls anbieten, dass dieses Netz zur Anbringung gelangt. Es wäre glaube ich wirklich eine tolle Möglichkeit, hier auf die Partnerstadt hinzuweisen. Im vorigen Jahr, ich darf darauf verweisen, war ja geplant, dass wir auch einen Städtefreundschaftspark errichten. Den haben wir aufgrund der Hochwassersituation ad acta gelegt, derzeit. Darum waren auch keine Aktivitäten in den anderen Partnerstädten möglich oder sinnvoll. Es wird weiter von uns angeboten, a) sobald es ein Objekt gibt, was in der Größe entspricht und b) werden wir uns auch in den Partnerstädten bemühen, dieses Netz anzubieten, wenn hier eine Bereitschaft vorliegt.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Haben sie irgendeine Vorgangsweise, die das Ganze auch noch erweitern könnte, dieses Angebot.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Frau Reznar, mehr als dass wir bei Bauvorhaben, die sich hier im Innenstadtbereich nicht nur anbieten, sondern wo die Meldung ja auch an die FA für Altstadterhaltung geht, wo die mit eingebunden sind, dass wir hier einen jeden dieser Interessenten das ermöglichen, gibt es nicht. Aber ich kann es bitte schön nicht auf ein Einfamilienhaus anbringen. Das ist einfach nicht möglich und so war es ja auch nicht gedacht. Gedacht war es bitte, dass wir in einem Innenstadtbereich nicht ein hässliches, grünes Netz haben, wo man womöglich irgendeine Baufirma als Logo oben hat, sondern dass man hier als Beitrag für den Tourismus, für die Werbung der Stadt so ein gestaltetes Fassadennetz anbietet und das wird selbstverständlich gemacht.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Dann war es aber bisher ein Flop.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es war, wenn sie sich erinnern, in den letzten zwei Jahren kein einziges dieser Objekte eingerüstet.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Ich komme zu Punkt 3), „Mitteilungen des Bürgermeisters“.

Steyrer sammelten 5156 Tonnen wiederverwertbare Altstoffe

Enorm fleißig haben die Steyrerinnen und Steyrer auch im Vorjahr wiederverwertbare Altstoffe gesammelt. Insgesamt 5137 Tonnen beträgt die Gesamtmenge, die innerhalb von zwölf Monaten im Altstoff-Sammelzentrum sowie in den einzelnen Containern zusammen gekommen ist.

Die mit Abstand größten Sammelmengen wurden bei Papier (3117 Tonnen) und Glas (1176 Tonnen) erzielt.

Dieses Jahresergebnis, das mit dem des Jahres 2001 etwa ident ist, zeigt wieder einmal, dass die Steyrerinnen und Steyrer überaus gewissenhaft die wiederverwertbaren Altstoffe trennen und sammeln.

Für das ausgeprägte Umwelt-Bewusstsein der Steyrer spricht auch die Tatsache, dass sich die Menge des Biomülls im Vergleich zum Jahr 2001 von 1072 auf 1254 Tonnen erhöht hat und die Menge des Hausmülls um drei Tonnen geringer geworden ist. 2002 waren das 7399 Tonnen.

Bemerkenswert ist auch, dass sich die Zahl der entsorgten Kühlgeräte im Vorjahr fast verdoppelt hat. Das waren die Auswirkungen des Hochwassers.

Hochwasser: Hilfe der Stadt ist etwa 1,2 Millionen Euro wert

Die Hilfsleistungen der Stadt für die vom August-Hochwasser geschädigten Steyrerinnen und Steyrer haben insgesamt einen Wert von etwa 1,2 Millionen Euro. Diese Summe ist vor kurzem von Experten des Rathauses berechnet worden. Allein die von unseren Mitarbeitern durchgeführten Aufräumarbeiten in den Häusern und auf den Grundstücken der Hochwasser-Opfer werden mit mehr als 810.000 Euro bewertet.

Dazu kommen noch folgende Leistungen:

Die Stadt hat Hochwasser-Geschädigten Wasserbenutzungs-Gebühren in der Höhe von 17.603 Euro, Kanalbenutzungs-Gebühren in der Höhe von 34.906 Euro und Gasrechnungen in Höhe von 27.190 Euro erlassen.

Zinsenzuschüsse in der Höhe von 170.782 Euro für etwa 200 Darlehen in Höhe von 10.000 Euro sind bereits budgetiert.

Bei Aufwendungen, die bei der Entfeuchtung von Räumen entstanden sind, hilft die Stadt mit Zuschüssen im Gesamtwert von insgesamt 86.800 Euro mit. Wie kommt man zu diesem Zuschuss? Einfach die Rechnung über Kauf oder Benutzung von Entfeuchtungsgeräten vom Katastrophen-Fonds des Landes Oberösterreich bestätigen lassen und diese bestätigte Rechnung im Magistrat Steyr vorweisen. Bis zu 200 Euro werden sofort ausbezahlt.

Die GWG hat Hochwasser-Opfern nach der Katastrophe rasch und unbürokratisch Wohnungen zur Verfügung gestellt. Die Stadt hat dafür die Betriebskosten in Höhe von 11.300 Euro übernommen. Außerdem hat die GWG der Stadt Steyr auf die bereits geplante 50-Jahr-Feier verzichtet und den eingesparten Betrag in Höhe von 12.700 Euro den vom Hochwasser betroffenen Menschen gespendet. Die GWG hat den Hochwasser-Opfern, die in leere Wohnungen eingewiesen worden sind, die Miete für die Monate August und September erlassen.

Für Benefiz-Veranstaltungen zugunsten von Hochwasser-Opfern hat die Stadt Hilfsdienste im Wert von 15.600 Euro geleistet, außerdem hat die Stadt auch die Kosten für die Verpflegung der Helfer übernommen, in Summe etwa 25.000 Euro.

Insgesamt haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Service- und Hilfseinrichtungen im Steyrer Magistrat mehr als 3000 Beratungsgespräche mit Hochwasser-Opfern geführt.

Zum Thema Parkhaus, zukünftiger möglicher Standort:

Der Bereich Werndlpark östlich vom Gymnasium könnte der bestgeeignete Standort für ein zentrumsnahes Parkhaus in Steyr sein. Das hat eine Studie ergeben, die von der Stadt Steyr beauftragt und von Experten des Institutes für Straßen- und Verkehrswesen der Technischen Universität Graz durchgeführt worden ist.

Das Experten-Team unter der Leitung von Professor Werner Gobiet hatte die Standorte nach den Kriterien Verkehrstechnik (z. B. Zu- und Abfahrt), Kosten, Verkehrsplanung und Umweltverträglichkeit untersucht. Hinter dem Bereich Werndlpark rangieren die Standorte Stadtplatz und Promenade (mit Lift) auf den Plätzen zwei und drei. Dieses Ergebnis der TU Graz wird nun von weiteren Fachleuten analysiert, im Juni wird der Verkehrs-Ausschuss eine Empfehlung für einen Standort abgeben.

Wir werden alles daran setzen, um eine für die Steyrerinnen und Steyrer und die Besucher der Stadt optimale Lösung des Parkproblems in der Innenstadt zu finden.

Die Studie der TU Graz zeigt unter anderem auch, dass es nur an Vormittagen schwierig ist, einen Stellplatz in Zentrumsnähe zu finden und dass Kurzparkzonen nicht ausgelastet, dafür Dauerparkplätze kurzfristig überlastet sind.

Zum Thema „Spenden für Hochwasseropfer“:

Ich konnte vor kurzem in Vorarlberg eine Spende von insgesamt 6.100 Euro für die Steyrer Hochwasser-Opfer entgegen nehmen. In den Ländle-Gemeinden Nofels, Sulzberg, Brand und Lauterach waren jeweils Benefiz-Konzerte zugunsten der Steyrer veranstaltet worden. Diese Benefizkonzerte waren ein Ausdruck der Verbundenheit, Humanität und Hilfsbereitschaft. Ich bedankte mich im Namen der Stadt sehr herzlich bei unseren Vorarlberger Freunden. Begleitet wurde ich dabei unter anderem von Günter Fatka, dem Obmann des Männergesangsverein Sängerkunst, der gute Kontakte zu den Vorarlberger Künstlern hat. Der Gesangsverein Frohsinn Nofels war 1998 anlässlich eines Kulturaustausches in Steyr, dabei haben die Vorarlberger unsere Stadt ins Herz geschlossen. Die Bilder von der Hochwasser-Katastrophe im August des Vorjahres haben die Sänger aus Nofels sehr getroffen, und sie beschlossen, Benefizkonzerte zugunsten der Steyrer Hochwasser-Opfer zu organisieren. Mitgemacht haben bei den Benefizkonzerten der Gesangsverein Frohsinn Nofels, der Männerchor Sulzberg, der Kirchenchor Brand, der Frauchenchor Hofsteig-Lauterach, die Girls of Spirit, das Ensemble Schatta la Gata, die Flötistin Maria Walser, der Trompeter Uli Mayr und Organistin Gaby Derflinger. Zusätzlich zu den vier Konzerten hat der Gesangsverein Frohsinn Nofels bei der Theateraufführung für Senioren freiwillige Spenden für die Steyrer Hochwasseropfer gesammelt.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Daten der Arbeitslosenquoten sind bis heute noch nicht beim AMS vorhanden.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Februar 2003 3.006. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 4,6 % (d.s. 146 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 4,1 % (d.s. 130 Personen).

Im Februar 2003 sind 269 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 3 Stellen mehr sowie gegenüber dem Vorjahr um 14 Stellen weniger.

Ich bitte nun bei Punkt 4) um die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates und komme nun zu Pkt. 5), zu den Verhandlungsgegenständen.

Bei den Verhandlungsgegenständen gibt es einen Dringlichkeitsantrag der Grünen gemeinsam mit Unterschriften von SPÖ-Gemeinderäten. Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es um die Senkung des Wahlalters bei den Gemeinderats- und Landtagswahlen auf 16 Jahre. Ist es gefragt, dass ich den Text vorlese? Sonst würde ich über die Dringlichkeit abstimmen lassen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ist das eine Resolution?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das ist ein Dringlichkeitsantrag. Resolution an die OÖ Landesregierung und OÖ Landtag. So, wollen wir diesem Antrag die Dringlichkeit zusprechen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Moment, es gibt Wortmeldungen zur Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, es gibt Wortmeldungen. Eine Wortmeldung pro Fraktion. SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ? Ist nicht da. ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Vielleicht ganz kurz zu dem Antrag. Die Dringlichkeit begründet sich für uns für den Antrag aus zwei Gründen. Bei den letzten Landtags- und Gemeinderatswahlen in Kärnten, Burgenland und in der Steiermark hat sich gezeigt, dass die Senkung des Wahlalters auf Gemeinde- und Landtageebene ein großer Erfolg war. Wir wollen das auch in OÖ durchsetzen. Der zweite Grund ist, dass es auf Landesebene mehrere Initiativen seit Monaten gibt, von verschiedensten Seiten, und wir diesen Initiativen auch eine Unterstützung von unserer Stadt geben wollen. Inhaltlich will ich nicht viel dazu sagen. Es geht darum, dass das passive Wahlrecht auf 16 Jahre gesenkt wird und jene Personen, jene junge Menschen die Steuern zahlen, die arbeiten, Verantwortung tragen, Rechte und Pflichten übernehmen, auch Mitbestimmung bei so wichtigen politischen Entscheidungen bekommen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Was ist es jetzt, ein passives oder ein aktives Wahlrecht?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aktives Wahlrecht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Liberales Forum? Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Bis dato, es ist zwar auch öfters vorgekommen, dass es nicht so war, aber bis dato bin ich eigentlich immer davon ausgegangen, dass ein Dringlichkeitsantrag dann eingebracht wird, wenn wirklich Feuer am Dach ist, wenn wirklich Dringlichkeit herrscht, wenn Gefahr in Verzug ist. Ohne jetzt vom Inhalt her, über den Inhalt kann man dann eh extra diskutieren, aber ich würde wirklich darum bitten, nicht einfach nur aus populistischen Gründen heraus, und nichts anderes kann es sein, nachdem wir am 28. September dieses Jahres Wahlen haben, da jetzt einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Kollege Kupfer und werte Kollegen der SPÖ, wenn es ihnen wirklich um eine ernsthafte Debatte zur Senkung des Wahlalters ginge, dann hätten sie diesen Antrag in einer Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung einbringen können, dann hätte man darüber in einer Fraktionssitzung reden können, aber nicht per Dringlichkeit. Ich glaube schon, dass sie vor 14 Tagen bereits auch gewusst haben, dass sie vielleicht die Senkung des Wahlalters wollen und dann hätten sie ganz normal einen Antrag eingebracht.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es geht nicht um den Inhalt. Es geht nur darum, dass Dringlichkeitsanträge Dringlichkeitsanträge sein sollen und nicht einfach zu parteipolitisch, populistischen Zwecken missbraucht werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön Frau GR Mag. Frech. Wie sie ja wissen, hat es ja bereits einige Anläufe, speziell vonseiten der SPÖ, zu diesem Thema gegeben und wir werden heute auch diese Dringlichkeit behandeln.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit und da kannst du ja noch einmal deine Stellungnahme dokumentieren. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuspricht, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? 1 Enthaltung (LIF). Wir werden so wie allgemein üblich, diesen Punkt am Ende der Tagesordnung vorbringen.

Ich komme jetzt zu den Punkten für die ich zuständig bin und ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Ich bitte diese Verdienstmedaille an folgende Herren zu verleihen, und zwar von der Freiwilligen Feuerwehr wird empfohlen der Oberbrandinspektor Ing. Josef Breyer, der Hauptlöschmeister Florian Himmelfreundpointner, der Hauptlöschmeister Berthold Himmelbauer. Bei der Betriebs-Feuerwehr SKF Österreich AG wird empfohlen der Brandinspektor Darko Zupanic, Hauptlöschmeister Ferdinand Gruber, Hauptlöschmeister Rudolf Steininger und Oberlöschmeister Helmut Rotschädl. Ich bitte diesen Antrag zu diskutieren bzw. diesem Antrag zuzustimmen.

1) FW-1/03 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 13. 01. 2003 genannten Personen wird zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem zweiten Punkt. Da geht es um den Verein der Freunde der Schwimmschule der Stadt Steyr, um ein Subventionsansuchen. Bei diesem Antrag wird gebeten eine „lebende Subvention“ in der Form zu gewähren, dass die Lohnabrechnung für das Personal Schwimmschule vom Magistrat durchgeführt werden kann, dass 2. ebenfalls in Form einer „lebenden Subvention“ für das Betriebsjahr 2003 die operative Führung des Schwimmschulbetriebes durch die Stadtwerke kostenfrei erfolgen soll, 3., dass für den voraussichtlichen Verlust im Betrieb der Schwimmschule 2003 die Bereitstellung von Geldmitteln aus der Position Investitionsförderung Schwimmschule in Höhe von Euro 21.800,00 genehmigt werden soll und dass die Planung und Investition im Jahr 2003 dringend eine Förderung in Höhe von Euro 109.000,00 von der hierfür vorgesehenen VA-Stelle zu gewähren sei. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

2) Fin-34/03 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 3. Februar 2003 wird beschlossen, dem Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr

1. eine „lebende Subvention“ in der Form zu gewähren, dass die Lohnabrechnung für das Personal Schwimmschule vom Magistrat durchgeführt werden kann,
2. ebenfalls in Form einer „lebenden Subvention“ für das Betriebsjahr 2003 die operative Führung des Schwimmschulbetriebes durch die Stadtwerke kostenfrei erfolgen zu lassen,
3. für den voraussichtlichen Verlust im Betrieb der Schwimmschule 2003 die Bereitstellung von Geldmitteln aus der Position Investitionsförderung Schwimmschule in Höhe von Euro 21.800,00 zu genehmigen,
4. für Planung und Investitionen im Jahr 2003 eine Förderung in Höhe von Euro 109.000,00 von der hierfür vorgesehenen Voranschlagstelle (laufende Transferzahlung an private Organisationen ohne Erwerbszwecke - Schwimmschule) zu gewähren, da praktisch 100 % der noch verwendbaren Kabinen durch das Hochwasser zerstört wurden und auch sonst erhebliche sofort zu behebenden Schäden aufgetreten sind.

Zum genannten Zweck wird bei VSt. 5/831000/757000 ein Betrag von Euro 21.800,00 und Bei VSt. 5/831000/777000 ein Betrag von Euro 109.000,00 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 100.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im 3. Punkt geht es um die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 107 - Möbel Lutz. In der Ausschusssitzung für Stadtentwicklung und Stadtplanung haben wir eine Widmungsänderung einer 23.000 m² großen Fläche im Kreuzungsbereich Ennser Straße - Moser Straße von Grünland in Geschäftsbaugebiet besprochen und auch soweit ausdiskutiert. Die Widmungsänderung ist im öffentlichen Interesse und diese Widmungsänderung ist im Stadtentwicklungskonzept vorgesehen. Es gibt auch keine Interessen Dritter die verletzt sind. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

3) BauGru-35/98 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. Nr. 107; Möbel Lutz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Flächenwidmungsplan-Änderungsentwurf - wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. 06. 2002 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 20. Jänner 2003 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl.Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den OÖ Verkehrsverbund, Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2003. Da verlese ich am besten den Antrag.

4) VerkR-133/03 OÖ Verkehrsverbund (OÖVV); Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 21. 2. 2003 wird der Freigabe der Mittel zur Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr zum Aufwand am OÖ Verkehrsverbund für das Jahr 2003 in Höhe von 291.589,20 Euro gegen nachträgliche Endverrechnung zugestimmt.

Der Vorschreibungsbetrag von Euro 291.589,20 ergibt sich aus einer 5 %-igen Steigerung von Euro 277.704,00 im Jahr 2002 auf nunmehr den vorstehenden Betrag. Der voraussichtliche Gesamt-Ab- und Durchtarifierungsverlust 2003 wird auf 18,9 Mio. Euro (einschließlich einer 5 %-igen Steigerung) durch den OÖ Verkehrsverbund geschätzt. Ein Drittel davon entfällt auf die OÖ Gemeinden, abzüglich eines fixen Kostenbeitrages der Landeshauptstadt Linz von max. 1,09 Mio. Euro. Seit Abschluss des Verkehrsverbund-Vertrages reduziert sich deshalb in absoluter Größe der Beitrag der Landeshauptstadt Linz, den im Gegenzug das Land OÖ trägt und daher nicht zu Lasten der übrigen Gemeinden geht. Für die Anteilsrechnung ergibt sich sohin ein Betrag von Euro 4,41 Mio., aus dem sich die Anteilswerte von schlussendlich Euro 44,10 ergeben.

Gegenüber dem Voranschlag 2002 ergibt sich daher aufgrund der Ankündigung seitens des OÖVV vom 31. 1. 2003 eine nicht präliminierte Erhöhung um rund 5 %, die bei der Erstellung des Voranschlages 2003 nicht absehbar war.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von Euro 265.000,00 bei der VAS_t. 1/690000/751000 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von Euro 26.600,00 bei

derselben VASSt. Bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Weiterleitung von Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrums Ennsleite in der Höhe von 45.784,00 Euro. Nachdem es da um eine Weiterleitung geht, bitte ich auch diese Weiterleitung möglichst zuzustimmen.

5) Fin-239/01 Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrums Ennsleite; Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 11. Februar 2003, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von Euro 45.784,00 an den Verein Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrum Ennsleite, Josef Hafner-Straße 14, 4400 Steyr, für die Sanierung des Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrums Ennsleite, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt. 5/259000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von Euro 45.784,00 für das Rechnungsjahr 2003 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das geht ja wie geschmiert heute. Im 6. Antrag geht es ebenfalls wieder um eine Weiterleitung von einer Landesförderung für den ATSV Steyr für die Aufstockung bzw. Neuerrichtung von Klub- und Schulungsräumen und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen. Hier geht es um einen Betrag von 21.802,00 Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) Fin-283/98 ASKÖ Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Klub- und Schulungsräumen; Weiterleitung einer Landessubvention. Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 24. Februar 2003 wird dem ASKÖ-Bezirk und dem ATSV Steyr als Weiterleitung einer vom Land OÖ bewilligten zweckgebundenen Bedarfszuweisung für die Aufstockung bzw. Neuerrichtung von Klub- und Schulungsräumen und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von Euro 21.802,00 (iW einundzwanzigtausendachthundertzwei) werden bei der VASSt. 1/269000/777000 in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den Bedarfzuweisungen zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um eine Gewerbeförderung. Die Firma Connect Sprung &

Rabitsch, Wolfenstraße 20 b, hat um eine Gewerbeförderung angesucht. Nach Überprüfung aller Vorlagen haben wir uns dazu entschlossen, dass wir eine Gewerbeförderung in der Höhe von 28.590,-- Euro, verteilt auf fünf Jahre als Gewerbeförderung auszahlen wollen. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen.

7) Fin-192/01 Connect Sprung & Rabitsch, Wolfenstraße 20 b, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 25. Februar 2003, wird der Firma Connect Sprung & Rabitsch, Wolfenstraße 20 b, 4400 Steyr, für die anlässlich der Errichtung eines Schulungszentrums und Fitnessbereiches getätigten Investitionen in der Höhe von ca. Euro 982.000,00 (exkl. MWSt.), zu dem nicht einer Bürges- und Landesförderung unterliegenden 5jährigen Darlehen bei der Erste Bank/Haag in der Höhe von Euro 520.000,00 ein 2%iger Zinszuschuss auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung von ca. Euro 28.590,00 verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAST. 5/782000/755000 Mittel in der Höhe von Euro 17.700,00 für das Rechnungsjahr 2003 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem 8. Antrag geht es um die Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen von 200.000,00 Euro für die Beseitigung der Hochwasserschäden in der Schwimmschule Steyr durch den Verein Freunde der Schwimmschule in Steyr. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen. Dabei geht es in erster Linie um Kostenminderungen und zwar um einen Zinsvorteil und Minimierung der Abwicklungskosten. Ich bitte um ihre Zustimmung.

8) Fin-65/03 Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen von Euro 200.000,00 für die Beseitigung der Hochwasserschäden in der Schwimmschule Steyr durch den Verein Freunde der Schwimmschule in Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes vom 3. 3. 2003 wird der Übernahme der Bürgschaft als Bürge und Zahler gem. § 1357 ABGB für einen Rahmenkredit des Vereines der Freunde der Schwimmschule in Höhe von Euro 200.000,00 für den Zeitraum 2003 bis 2004 vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde gemäß beiliegendem Schuldschein und Bürgschaftsvertrag zugestimmt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Stimmenthaltung 1 (LIF). Gegenstimmen gibt es keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem 9. Antrag geht es um die Übertragung nicht beanspruchter, bereits beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2002 in das Finanzjahr 2003. Dabei geht es um Vorhaben, die zum Teil noch nicht abgerechnet wurden, zum Teil noch nicht einmal begonnen wurden und im vorigen Jahr beschlossen wurden. Im Antrag sind all diese Positionen genau aufgeführt. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen.

9) Fin-120/02 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2002 in das Finanzjahr 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 26. Februar 2003 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von

Euro 824.829,00 und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von Euro 9,114.454,00, in Summe Euro 9,939.283,00 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Gründung der Stadtmarketing Steyr GmbH. Wie sie ja wissen, werden wir ja einen Stadtmarketingmanager in Steyr einstellen. Dazu ist es notwendig, dass wir eine Stadtmarketing GmbH. gründen. Wir haben gemeinsam mit einem Fachmann, mit einem Notar, einen Notariatsakt erstellen lassen und ich bitte dieser Gründung einer Stadtmarketing GmbH. zuzustimmen.

10) Ges.29/02 Gründung der Stadtmarketing Steyr GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 4. März 2003 wird der Errichtung der Stadtmarketing Steyr GmbH entsprechend der beigeschlossenen Errichtungserklärung in Form eines Notariatsaktes zugestimmt.

Zur Zahlung des Stammkapitals wird bei der VA-Stelle 5/015000/080000 (Beteiligungen) eine Kreditüberschreitung in Höhe von Euro 35.000,00 (Euro fünfunddreißigtausend) bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 35.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr GR Hoflehner bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tatsache dass wir heute über den Punkt Steyrer Stadtmarketing abstimmen ist für unsere Fraktion sehr erfreulich. Selbstverständlich sind wir für diese Einrichtung und wir freuen uns darüber sehr, dass das endlich passiert. Die Organisation rund um das Steyrer Stadtmarketing wird sehr viel zu tun haben. Die Stadt Steyr ist nicht alleine Schuld an der relativ traurigen Entwicklung wenn man da unten heute durch geht durch die Stadt wie viele Geschäfte leer sind, welche Fluktuation ist, wie viele eingeseessene Betriebe herausgestorben sind. Die Gründe dafür sind Vielerlei. Zum einen gibt es für den Konsumenten halt viele Möglichkeiten einzukaufen. Ich denke da z. B. an Internetshopping. Was immer beliebter wird ist das Shoppen via Katalog, gemütlich zu Hause. Überhaupt ist die ganze Szenerie in der Handelszenerie ganz dramatisch angestiegen Richtung verschärften Wettbewerb. Dazu kommen in Steyr natürlich hausgemachte Probleme. Ich scheue hier nicht davor zurück, auch der Steyrer Kaufmannschaft hier eine Teilschuld zu geben. Man muss halt immer mehr Unternehmer sein. Ich habe oft den Eindruck, dass die Steyrer Kaufleute da unten am Stadtplatz eher Unterlasser sind als Unternehmer. Vor fünf Jahren, wenn man da zurückdenkt wie viele alteingesessene Betriebe es noch am Stadtplatz gegeben hat, die gibt es heute alle nicht mehr. Ich glaube aber, dass es auch wichtig ist, dass wir versuchen in Steyr neue Betriebe anzusiedeln die inhabergeführt sind, weil es einen Unterschied ausmacht ob irgendeine Kassiererin unten steht von irgendeiner Kette oder ob z. B. so ein Typ wie der Schmollgruber heute sein Geschäft führt. Da ist ein großer Unterschied. Es geht auch um die Uniformität. Wenn man heute in einer deutschen Stadt durchgeht, da sind nur mehr die gleichen BIPA'S und wie sie alle heißen und inhabergeführte Betriebe sind sicherlich wertvoller für eine Stadt mit dem dementsprechenden Darstellern als irgendwelche Ketten.

Es ist auf jeden Fall sehr viel zu tun für das Steyrer Stadtmarketing. Aus meiner Sicht gibt es drei wichtige Punkte die in Angriff genommen werden müssen. Das ist zum einen einmal der ganze Parkplatzbereich. Es ist völlig out beim Bummeln oder beim Shoppen oder beim Trockenshoppen, wie man heute sagt, man muss ja nicht immer gleich etwas kaufen, Parkplatz zu suchen, sich von

Parkplatzsheriffs jagen zu lassen, Geld zu wechseln, wenn man nicht das richtige Kleingeld eingesteckt hat. Es ist sicher der falsche Zugang dieser ganze Parkstress. Um heute Kunden Bequemlichkeit zu bieten, convenience, wie das Zauberwort heißt. Das ist das eine, dieser ganze Parkbereich. Das 2. worum sich das Stadtmarketingteam intensiv kümmern wird müssen ist, attraktive Geschäfte anzusiedeln. Shoppen ist das Freizeitvergnügen Nr. 1 heutzutage, weltweit. Je interessanter eine Shoppingmeile ist, desto mehr Leute werden dort hinfahren. Das ist so. Jeder hat einen anderen Zugang. Für den einen ist das eine Geschäft besonders günstig und interessant, für den anderen ist ein exklusives Geschäft interessant, für den Nächsten ist ein Geschäft interessant, was ein ganz besonderes Angebot führt. Auf jeden Fall, ein wichtiger Punkt ist neue Geschäfte anzusiedeln, attraktive Geschäfte wieder anzusiedeln um Kunden anzulocken. Das ist das 2. Der wichtige 3. Punkt den das Steyrer Stadtmarketing angehen muss ist das vernetzen und miteinbeziehen von allen Personen die beteiligt sind, Beamte, Politiker, Unternehmer, Wirte, Medien und natürlich auch die Kunden, dass da gemeinsam vorgegangen wird, das ist der 3. wichtige Punkt meiner Meinung. Ich glaube, dass die Stadt Steyr nach wie vor eine hervorragende Ausgangsposition hat um hier in Zukunft mitzumischen. Wir haben eine fantastische Hardware, die Stadt Steyr ist wunderschön. Wir müssen jetzt an der Software arbeiten, an dem Feinschliff, um ein tolles Marketingkonzept zu erarbeiten. Ich wünsche im Namen meiner Fraktion diesem neuen Team alles Gute, viel Mut. Ich erwähne noch am Rande, Herr Bürgermeister, dass ich am 5. März 1998 auch da heraußen gestanden bin und mir gewünscht habe, dass wir, aller Welser-Vorbild, eine Stadtmarketing GmbH gründen. Jetzt ist es so weit, wir freuen uns darüber. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist noch ein Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr GR Hoflehner, es freut mich, dass sie mit so einer großen Begeisterung bei dieser Sache dabei sind. Es ist glaube ich einmal ein Zeichen, dass es doch auch eine breite Zustimmung zu einer Maßnahme gibt die sehr notwendig für Steyr ist und ich glaube auch, dass es sehr positiv ist, wenn man eine positive Stimmung zu diesem Thema auch unter die Bevölkerung bringt und auch hier im Gemeinderat diskutiert. Es ist sehr wichtig, dass wir hier einen Profi gefunden haben, der uns in diese Richtung in Zukunft beraten wird. Ich wünsche heute schon diesem neuen Stadtmarketingmanager alles Gute. Ich hoffe, dass wir eine positive Entwicklung mit der Errichtung dieser Gesellschaft und mit dem Einstellen eines Marketingmanagers erreichen können und werden. Wichtig ist natürlich, dass alle mitziehen, dass alle in dieser Runde sagen so etwas brauchen wir, so etwas ist ganz wichtig, so etwas muss auch unterstützt werden. Nur dann, wenn das von allen getragen wird, kann das auch in Zukunft eine positive Richtung nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dafür ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme. Letzter Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem letzten Punkt geht es um eine Resolution „Stopp dem Ausverkauf der öffentlichen Dienstleistungen und der Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung; Stopp der GATS-Verhandlungen“. Ich werde diese Resolution zur Verlesung bringen.

Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) hat die wichtigste Funktion bei der Versorgung der Bevölkerung mit sogenannten Leistungen der „Daseinsvorsorge“. Dabei handelt es sich um die Bereitstellung von Trinkwasser, Energie, Bildungseinrichtungen, Postdiensten, öffentlichen Verkehrsverbindungen usw. Weiters gehören zu diesen Versorgungspflichten der öffentlichen Hand gegenüber der Bevölkerung insbesondere auch das Gesundheitswesen, die sozialen Dienste sowie der Katastrophenschutz.

Die Bürgerinnen und Bürger erleben den Staat zuallererst in ihrem unmittelbaren Umfeld, nämlich in der Gemeinde, an ihrem Wohnort. Deshalb sind die genannten öffentlichen Dienstleistungen eine absolute Notwendigkeit für die Bürger, die diese als Grundsicherung ihrer Lebensbedürfnisse betrachten. Die Bedeutung derselben wurde auch durch wiederholte Erklärungen des Städte- und Gemeindebundes bekräftigt.

Auch die EU-Charta der Grundrechte der Europäischen Union hebt in Art. 36 das Recht der BürgerInnen auf Zugang zu diesen Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse hervor. Trotzdem orientiert sich das Wertemodell der EU immer mehr am unreflektierten

Wettbewerbsgedanken. Wenn auch der Wettbewerb und der freie Binnenmarkt den Menschen bisher in einigen Bereichen kurzfristig Vorteile gebracht haben, so besteht nun doch immer mehr die Gefahr, dass es im Bereich der eingangs definierten Daseinsvorsorge zu Beeinträchtigung der Lebensqualität der Menschen kommt. Grund dafür ist neben der zunehmenden Überbewertung des Wettbewerbsgedanken durch die EU-Wirtschaftspolitik neuerdings auch die Bedrohung der öffentlichen Dienstleistungen durch das GATS.

Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist das Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über den Handel mit Dienstleistungen. Es wird derzeit von 144 Mitgliedsstaaten der WTO, darunter Österreich, verhandelt. Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kanal, Müllabfuhr und andere öffentliche Dienstleistungen sollen liberalisiert und damit rein privaten Interessen ausgeliefert werden. Das würde letztlich bedeuten, dass nicht mehr der Staat für die Grundversorgung der Menschen verantwortlich ist, sondern dass Großkonzerne über wichtige soziale Leistungen bestimmen. Bund, Länder und Gemeinden würden dadurch ihre Gestaltungsmöglichkeiten weitestgehend und unwiederbringlich verlieren.

Durch GATS erhalten die in der EU schon jetzt stattfindenden Liberalisierungen (z. B. Strom, Gas) eine neue Dimension. Werden bei öffentlichen Dienstleistungen - über Europa hinaus - weltweit Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, so würden dadurch die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik, also der Parlamente, aber auch der Gemeindevertretungen, massiv eingeschränkt. Dann würde das WTO-Schiedsgericht, welches über EU-Recht, Verfassung und Gesetzgeber steht, entscheiden, ob staatliche Regeln GATS-konform sind oder nicht. Hinzu kommt, dass bei negativen Auswirkungen durch Liberalisierung die im GATS-Vertrag eingegangenen Verpflichtungen faktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten.

Die größte Gefahr, die von GATS ausgeht, ist die ausschließliche Orientierung am Ziel der Gewinnmaximierung. Nicht mehr die Qualität der Grundversorgung der Bevölkerung und ein flächendeckendes Angebot wären vorrangig. Nicht mehr das Prinzip von Gemeinnützigkeit und Kostendeckung würde vorherrschen, sondern höchstmöglicher Profit für einige wenige Großkonzerne würde zum obersten Handlungsprinzip. Das würde unter anderem auch unzählige Arbeitsplätze vernichten. Viele derzeit noch für alle Menschen selbstverständliche Versorgungsleistungen würden für große Teile der Bevölkerung zu Luxusgütern oder müssten von der öffentlichen Hand zugekauft werden.

Die Mehrheit der Menschen würde durch das GATS Nachteile erleiden. Nicht ohne Grund finden die Verhandlungen geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit statt. Mögliche Folgen sind steigende Preise, schlechtere Qualität, Zugang nur für finanziell Bessergestellte, weniger Umweltschutz und weniger ArbeitnehmerInnenschutz.

Bekannteste Beispiele für negative Auswüchse der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind die Trinkwasserversorgung, die Eisenbahn und der lokale Bus-Linienverkehr in Großbritannien sowie der Eisenbahn-Personenverkehr in den USA. Die Privatisierung der Trinkwasserversorgung führte fast zur Verdopplung der Preise innerhalb von nur 4 Jahren und dazu, dass in die Erhaltung der Wasserleitung kaum oder gar nichts investiert wurde. Wasserverluste bis zu 25 % durch undichte Rohre waren die Folge. Außerdem nahmen die Hepatitis-A-Erkrankungen aufgrund schlechter Wasserqualität um 200 % zu!

Die Privatisierung und Zerschlagung der britischen Eisenbahn führte zur Stilllegung zahlreicher Linien, Unpünktlichkeit der Züge wurde zum „Normalfall“, vielfach wartet man auf Züge überhaupt vergeblich. Mit den Vermögenswerten der ehemals staatlichen Eisenbahn (insbesondere Grundstücke) wurde spekuliert, die Zuschüsse der öffentlichen Hand zu den privatisierten Bahnunternehmen stiegen trotz geringerer Qualität und trotz höherer Fahrpreise. Die enorme Häufung der Unfälle ist weithin bekannt und immer wieder Gegenstand von Schlagzeilen in den Medien. Laut internationaler Statistik waren Englands Züge im Jahr 1990 20mal sicherer als heute!

Ähnliche Erfahrungen wurden auf der ganzen Welt mit der Privatisierung von Energieversorgung, Gesundheitsdienstleistungen und Bildungseinrichtungen gemacht.

Durch Deregulierung und in weiterer Folge Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung, die bisher von den Gemeinden in ausgezeichneter Weise erbracht werden, werden übergeordnete Ziele vernachlässigt. Es geht darum, dass für alle Menschen eine hochwertige Grundversorgung garantiert bleibt, dass auch für einkommensschwächere Gruppen der Bevölkerung eine angemessene

Lebensqualität sichergestellt ist und dass auch unsere Kinder eine intakte Umwelt vorfinden. Der Ausverkauf von Gesundheit, Bildung, Wasser und sonstigen öffentlichen Diensten muss daher verhindert werden!

Es ergeht daher der

Antrag an den GEMEINDERAT

11) Präs-119/03 SP-Gemeinderatsfraktion; Stopp dem Ausverkauf der öffentlichen Dienstleistungen und der Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung; Stopp der GATS-Verhandlungen; Resolution.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert die Österreichische Bundesregierung und die OÖ Landesregierung auf, sich für folgende Ziele einzusetzen:

- GATS-Verhandlungsstopp bis zur erfolgten Evaluierung bisheriger Privatisierungen
- Verbesserungen statt Ausverkauf öffentlicher Dienste
- Offenlegung der Verhandlungsergebnisse bei internationalen Wirtschaftsabkommen

Diese Forderungen werden nicht erhoben, weil privates Wirtschaften als negativ erachtet wird. Privates Wirtschaften ist akzeptierter Bestandteil unseres Gesellschaftssystems. Jedoch zeigt die Erfahrung, dass gewisse Dienstleistungen (nämlich jene, die der Grundversorgung der Menschen dienen) besser von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden. Nur dadurch bleiben einerseits die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik und andererseits die politisch-demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Bevölkerung erhalten.

Ich bitte dieser Resolution zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herrn. Ich glaube, jeder Staatsbürger hat ein bisschen ein unwohles Gefühl wenn es darum geht, dass Dinge, die bisher vom Staat vorgenommen werden jetzt privatisiert werden. Das verstehe ich, dem kann ich mich mit Sicherheit anschließen. Weil dieses Unbehagen nicht nur auf eine Fraktion oder eine Bevölkerungsgruppe beschränkt ist, sondern sicher flächendeckend und über alle Schichten geht, hat auch der OÖ Landtag in einer 4-Parteien-Resolution einen gemeinsamen Antrag gemacht. Ich habe angeboten einen gleichlautenden Antrag auch gemeinsam einzubringen. Das wurde von der Mehrheitsfraktion hier in Steyr abgelehnt, mit dem Hinweis, dass die Formulierung im OÖ Landtag zu wage ist. Man greift lieber auf die Anti-GATS-Resolution der OÖ Arbeiterkammer zurück, die sich fast wortwörtlich in dem vorliegenden Resolutionsantrag widerspiegelt. Ich frage mich: „Was kann die Sozialistische Fraktion in Steyr, was die Sozialistische Fraktion im Landtag nicht kann?“ Gibt es hier ein Wissen, was am Land nicht vorherrscht, was aber hier in der Gemeinde vorherrscht, oder ist der Ruf der Arbeiterkammer hier in Steyr lauter als in Linz. Aber es ist ganz offensichtlich so. Ich darf aber auch in Erinnerung bringen, was im Regierungsabkommen der Österreichischen Bundesregierung steht: „Die Bundesregierung wird sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass in den laufenden GATS-Verhandlungen öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheits-, Bildungswesen, Wasserversorgung, Kunst und Kultur nicht weiter liberalisiert werden. Über die laufenden Verhandlungen wird das Parlament umfassend informiert und eingebunden. Gegenüber der Öffentlichkeit wird im Rahmen der EU-Vorgabe größtmögliche Transparenz gewährleistet. Die Initiative zur Einschränkung der bereits bestehenden Zugeständnisse im Bildungsbereich auf das EU-Niveau wird weitergeführt.“

Worum geht es überhaupt hier bei diesem GATS-Abkommen? Das Rahmenabkommen zu GATS ist bereits 1995 vom Österreichischen Parlament beschlossen worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

1994!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Auf Basis einer 4-Parteieneinigung, also von SPÖ, ÖVP, FPÖ und der Grünen. Derzeit wird zwischen den Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation über eine weitere Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen verhandelt. Dazu sammelt die EU Vorschläge unter den Mitgliedsstaaten und wo die Bereitschaft zur Liberalisierung im eigenen Bereich besteht. So, und wer verhandelt das für Österreich? Seitens der SPÖ wurde auch hier erwähnt, in diesem Resolutionsantrag, dass eine angebliche Geheimverhandlung des Wirtschaftsministeriums stattfindet. Tatsache ist jedoch, dass der GATS-Chefverhandler bei der WTO Dr. Wolfgang Petritsch heißt und in seiner Funktion als Österreichischer Botschafter bei der UNO in Genf ist. Petritsch ist, soweit ich mich erinnern kann, Spitzenkandidat der SPÖ in Wien bei der Nationalratswahl gewesen. D. h., ich glaube nicht, dass man dann von Geheimhaltung reden kann.

Es sind auch in dieser Resolution einige Dinge drinnen, die ich absolut unterstreichen kann und die ich auch für Steyr einfordere. Ich möchte nur eines schon auch bemerken. Ob z. B. die Trinkwasserversorgung verkauft wird oder privatisiert wird in Steyr, das entscheidet nicht die Bundesregierung, das entscheidet auch nicht der Landtag, sondern das entscheiden wir hier herinnen im GR. Wir sind verantwortlich über unsere Trinkwasserversorgung hier in der Stadt. Wenn wir da herinnen nicht beschließen dass es privatisiert oder verkauft wird, dann wird es auch nicht verkauft. Wenn hier steht, nicht mehr die Qualität der Grundversorgung der Bevölkerung und ein flächendeckendes Angebot wären vorrangig, nicht mehr das Prinzip von Gemeinnützigkeit und Kostendeckung würde vorherrschen, sondern höchstmöglicher Profit, und wenn steht, viele derzeit noch für alle Menschen selbstverständliche Versorgungsleistungen würden für Großteile der Bevölkerung zu Luxusgütern und die Folge sind steigende Preise, Zugang nur für finanziell Bessergestellte, und dann führt man noch ein Beispiel aus England an, dass sich die Trinkwasserversorgung fast verdoppelt hat im Preis, dann möchte ich schon uns allen in Erinnerung rufen, einen Beschluss den wir da herinnen gefällt haben, auch Trinkwasser, und damit verbunden Kanalentsorgungsgebühr, wo wir in einer Jahrsetappe die Gebühr bitte verdoppeln. Das nicht weil wir es brauchen, sondern wir erwirtschaften damit Gewinn. Gewinnorientierung zu Lasten der Steyrer Bürger. Wir verwenden es zwar eh wieder für die Steyrer Bürger, aber wir verdienen damit. Wir verrechnen höhere Preise als es notwendig ist. Jetzt frage ich einmal, bitte schön was soll dann diese Formulierung in dieser Resolution? Ich verstehe sie nicht. Wir werden daher einen Abänderungsantrag stellen und zwar:

Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr

für die Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Rahmen der laufenden Verhandlungen über eine Marktöffnung bei Dienstleistungen (GATS)

Im Zuge der angelaufenen Verhandlungen über die Erstellung von Angebots- und Forderungslisten für den GATS-Verhandlungsprozess hat es in den letzten Wochen eine Vielzahl an Meldungen und Informationen gegeben, die zu Verunsicherung und Besorgnis führten.

Wir begrüßen daher die im Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung getroffenen Festlegungen, wonach sich Österreich auf allen Ebenen dafür einsetzen wird, dass in den laufenden GATS-Verhandlungen, öffentliche Dienstleistungen, wie das Gesundheits-, Sozial und Bildungswesen, die Wasserversorgung, Kunst und Kultur nicht weiter liberalisiert werden. Zudem wird zugesichert, den Verhandlungsprozess österreichintern gegenüber der Öffentlichkeit möglichst transparent und unter Einbindung der Betroffenen zu gestalten.

Wir ersuchen die Österreichische Bundesregierung, von dieser Festlegung, die auch gemeinsame EU-Position ist, nicht abzuweichen und auch in den weiteren Verhandlungen die öffentliche Daseinsvorsorge abzusichern und einer für unser Land problematischen Öffnung der Daseinsvorsorge für ausländische Anbieter keinesfalls zuzustimmen.

Herr Bürgermeister bitte sehr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke sehr, der Nächste zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Zwei Gründe sind es im Wesentlichen die mich veranlassen zu dieser vorliegenden Resolution und zu dieser Thematik eine Stellungnahme abzugeben. Was den Inhalt dieser Resolution betrifft, so kann ich den Antragstellern attestieren, dass ich einige Forderungen, die in diesem Papier drinnen stehen durchaus unterschreiben kann, weil auch wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion davon ausgehen, dass es bei der Grundversorgung der Bevölkerung zweifellos Teilbereiche gibt, wo es besser ist, wenn diese auch weiterhin von der öffentlichen Hand durchgeführt werden. Ich denke da z. B. an die Wasserversorgung aber auch an die Wasserentsorgung, Kanäle udglm. Wenn man aber die Frage der möglichen Privatisierung über einen Kamm schert, dann bin ich nicht ihrer Meinung. Ich darf sie schon daran erinnern, dass es ja jetzt bereits Dienstleistungen in privater Hand gibt. Ich darf ihnen auch einige nennen: Spitäler z. B. Es gibt Privatspitäler, es gibt Privatkindergärten, es gibt auch Institutionen wie das Rote Kreuz. Ich glaube, hier wird mir jeder beipflichten, dass all die Genannten ihre Aufgaben im Interesse der Bevölkerung, zum Wohle der Bevölkerung zweifellos sehr gut machen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der zweite Teil der Begründung warum ich mich hier zu Wort gemeldet habe ist noch viel einfacher erklärt. Dieser Antrag ist an und für sich überholt. Der Kollege Mayrhofer hat bereits darauf hingewiesen. Er ist überholt und ich kann ihnen auch sagen, wie das abgelaufen ist. Ich möchte ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialdemokratischen GR-Fraktion, nicht nahe treten, aber es ist tatsächlich so, und das ist auch bekannt, dass landauf, landab in den letzten Monaten genau die gleiche Resolution in den Gemeinderäten in Städten eingebracht wurde. Ich habe da zufällig von Leonding auch genau denselben Text vor mir liegen. Es hat dann tatsächlich, meine Damen und Herren, am 27. Februar d. J. im OÖ Landtag einen Beschluss gegeben, den alle Parteien unterstützt haben. Nachdem der Herr Bürgermeister sehr ausführlich war, erlaube ich mir ihnen diesen Resolutionstext, der ist relativ kurz, ich bin in 10 Minuten damit fertig, zur Kenntnis zu bringen. Da heißt es:

Der OÖ Landtag möge beschließen:

Resolution

Die OÖ Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bund unverzüglich in Verhandlungen zum Abschluss einer rechtlich, verbindlichen Vereinbarung über die Wahrung der Rechte und die Interessen der Länder beim Abschluss internationaler Handelsübereinkommen im Rahmen der WTO einzutreten. In einer solchen Vereinbarung ist der in der WTO Verhandlungsprozess eingebundene Bund zur rechtzeitigen, umfassenden, qualifizierten Information der Länder über alle Verhandlungen und Entscheidungen zu verpflichten und zwar in Bereichen in denen die öffentliche Hand als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen selbst oder als Eigentümer auftritt oder die sonst von relevanter Bedeutung für die Länder und Kommunen sind. Des Weiteren ist dieser Vertrag ein am Art. 23 d, Abs. 2 BVG orientiertes Verfahren weiter zu entwickeln, dass den Ländern in den genannten Bereichen eine effiziente Beteiligung an der innerstaatlichen Willensbildung und die Berücksichtigung ihrer Anliegen in dem von Österreich vertretenen Positionen sichert.

Dann geht es noch um die Dringlichkeit, aber das möchte ich ihnen jetzt vorenthalten, denn dann wäre das tatsächlich zu lange. Es ist auch so, meine Damen und Herren, keine Rede davon, dass man diese Verhandlungen abstoppen soll. Davon ist keine Rede und das haben auch ihre Kollegen von der Sozialdemokratischen Fraktion so mitbeschlossen. Ich verstehe ja jetzt ihre Reaktion. Sie haben es halt übersehen, dass es da einen Beschluss vom 27. Februar gibt und sie können halt jetzt nicht mehr zurück. So ist das halt. Ich bin ja auch schon lange genug dabei. So ist es in Wahrheit und das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, warum sie den Vorstoß vom Kollegen Mayrhofer, im Übrigen habe ich den Inhalt nicht gekannt, habe ihn auch das erste Mal gehört, warum sie diesen Vorstoß eben nicht angenommen haben. Es geht also darum, die Rechte der Länder und der Gemeinden zu wahren. Ich möchte schon auch noch in Erinnerung rufen, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum war es denn überhaupt möglich derartige Verhandlungen zu führen, die ja nicht alleine jetzt im Zusammenhang von GATS und WTO zu sehen sind, sondern auch Bestimmungen die in der EU bereits beinhaltet sind. Bitte machen wir uns doch nichts vor. Es wird heute ja auch Anträge geben, die ich ihnen vorzutragen habe im Bereich der Energieversorgung. Es gibt bereits eine völlige Freigabe der Stromversorgung. Wir haben ausländische Anbieter, wir haben Konzerne aus Frankreich und weiß wo her die als Anbieter auftreten und im ähnlichen Maße geht es auch mit der Energieerdgas. Ich werde ja noch die Gelegenheit haben, wie ich bereits jetzt vorhin angekündigt habe, darüber zu sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns geht es wirklich nicht darum jetzt, weil offensichtlich der Wahlkampf begonnen hat, da vehement dagegen aufzutreten. Wir bekennen uns dazu, dass es Bereiche gibt, die von der öffentlichen Hand versorgt werden sollen, auch in Zukunft, aber man kann das nicht über einen Kamm scheren. Ich glaube daher, dass aufgrund der Tatsache, dass dieser Antrag ja nicht mehr aktuell ist, zumindest inhaltlich, dass sie den, meine Damen und Herren, zurückziehen. Das wäre mein Vorschlag. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.
Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Ist das jetzt ein Antrag auf Zurückziehung gewesen?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich habe einen Vorschlag gemacht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Okay, dann gehen wir weiter. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Stephan Keiler.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Presse. Leider sind trotz der großen Einladungspolitik keine Besucher heute hier, trotzdem herzlich willkommen. Ich darf mit einem Zitat zum GATS beginnen, das leider auf Englisch ist, aber ich glaube, trotzdem wird es jeder verstehen: „The GATS is not just something with exists between governments, it is first and foremost an instrument for the benefit of business.“ Dieses Zitat stammt von der EU-Kommission während den GATS-Verhandlungen und jetzt übersetzte ich es doch, zumindest mit einem Satz. Es bedeutet, dass es nicht um eine Vereinbarung der Regierungen geht, sondern vor allem darum, den Profit zu maximieren. Darum ist das GATS geschaffen worden. Das GATS ist, wie wir wissen, 1995 bei der Gründung der WTO, bei dem GAT-Abkommen entstanden, bei der sogenannten Uruguay-Runde und aktuell deswegen jetzt ist es weil bei den DOHA-Verhandlungen 2001 auf den Tisch gekommen ist und neben dem TRIPS-Abkommen, das das geistige Eigentum liberalisieren soll nun auf allen Ebenen der Welthandelsorganisation verhandelt wird. Das Ziel ist eine weitgehende Liberalisierung und Deregulierung nationaler Ökonomien. Es sind 150 verschiedene Sektoren genannt in diesem GATS-Abkommen, alphabetisch geordnet von Abwasserentsorgung bis zu den Zahnarztleistungen. Darunter, wie heute schon genannt, im Besonderen die Verkehrswege, auch die Wasserleitungen und die öffentlichen Dienstleistungen. 144 Staaten sind Teilhaber dieses Abkommens darunter auch viele Entwicklungsländer denen man große Hoffnungen auf Investitionen der ersten Welt gemacht hat und nicht, wie es so schön heißt, auf der Seite des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit um eine fairtrade herbeizuführen in der Welt. Das ist glaube ich Augenauswischerei. Ich darf auf den StR Mayrhofer Bezug nehmen, der verneint hat, dass es Geheimverhandlungen gegeben hat. Die Verhandlungen vom Diplomaten Petritsch oder vom Bundesminister für ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Haben sie nicht aufgepasst? Ich habe nie behauptet, dass es keine Geheimverhandlungen waren, sondern ich sage, wenn der Chefverhandlung bitte Petritsch ist, der immerhin ihr Parteikollege ist, werden sie doch Informationen darüber bekommen.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Ich nehme an, dass der Diplomat Petritsch genauso an sein Amtsgeheimnis gebunden ist wie jeder andere Diplomat. Außerdem brauchen wir nicht darüber diskutieren, denn die EU-Kommission gibt zu, dass es eine nicht öffentliche, sie heißt nicht geheim, sie heißt nicht öffentliche Phase gegeben hat, die jetzt im März 2003 zu Ende geht, die nennt sich request and offer, also das Verhandeln von Anfragen und Zugeständnissen und die waren dezidiert nicht öffentlich. Sie waren eben nicht geheim aber sie waren nicht öffentlich. Ob dort der Herr Petritsch oder ein anderer Diplomat verhandelt hat, das tut nichts zur Sache. Ein weiteres Argument das sie gebracht haben ist, dass jeder Staat und jede Gebietskörperschaft selbst entscheiden kann, was mit ihren Dienstleistungen passiert. Das ist leider nicht richtig. Wie wir an anderen Beispielen sehen, dass sozusagen wir ja an mehrere Ebenen von Rechtsnormen gebunden sind. Ein berühmtes Beispiel das wir hier schon mehrmals diskutiert haben und gegen das wir uns wehren wollten aber nicht konnten, auch auf dem Liberalisierungssektor, nämlich der Telekommunikation. Wie oft wollte jemand von uns oder in anderen Gemeinden einen GSM-Sender oder die Errichtung desselben verhindern. Es war uns einfach nicht möglich, weil die

Bundesregierung sich in der EU verpflichtet hat, bis zu einem gewissen Zeitpunkt flächendeckend ein GSM-Netz zu installieren, deswegen man auch keine Baugenehmigung braucht für einen GSM-Sender und eine Gemeinde keine Handhabe dagegen hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das geht durch das Telekommunikationsgesetz.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Ja, und das Telekommunikationsgesetz wurde beschlossen, weil es die EU ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es kann sich jeder zu Wort melden und dazu Stellung nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Red nicht so einen Blödsinn Stephan.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Du kannst deinen Blödsinn dann gerne auch hier von dir geben.

Gelächter

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Also, das berühmte Telekommunikationsgesetz in dem das drinnen steht, wurde beschlossen, weil es in einer EU-Richtlinie zur Liberalisierung des Telekommunikationssektors vorgegeben wurde. Deswegen ist das Gesetz beschlossen worden und deswegen kann eine Gemeinde, die ja wie wir wissen Bausachen in ihrer Kompetenz hat, solche nicht verhindern. Nur als Beispiel, wie sehr eine Gemeinde leider auch mittlerweile in den Kompetenzen beschnitten wird. Es gibt mittlerweile solche Resolutionen, wie wir sie heute vorliegen haben, von 20 Gemeinden. Darunter so bedeutenden wie Linz, Wien und St. Pölten. Ich möchte aber natürlich nicht dem OÖ Landtag und der österreichischen Bundesregierung den guten Willen absprechen in ihren Resolutionen bzw. in den Punkten 6) und 18) des Regierungsübereinkommens wo ja zu meiner Freude auch dezidiert die Kunst und Kultur drinnen steht, wo man Ausnahmen erreichen möchte. Aber auch der deutsche Bundestag hat sich erst im März ausgesprochen, auf EU-Ebene zu verhandeln um Ausnahmen zu erreichen. Aber genau um diese Ausnahmen geht es. Das GATS-Abkommen können wir nicht verhindern, aber wir können erreichen, dass es Ausnahmen in für uns besonders wichtige und interessanten Bereichen geben wird, wie das eben Bildung und Wasser sein soll. Das gemeinsame Ziel sollte sein die Renationalisierung der Politik, dass also den Gemeinden, den Ländern, den Mitgliedsstaaten der EU und allen 144 Staaten die Mittel ihrer eignen Politik genommen werden, weil die Auswirkungen die das GATS-Abkommen betreffen nicht nur die nationalen und regionalen, sondern sehr wohl auch die lokalen Ebenen sind. Das GATS ist aber nur ein Teil, nämlich ein Teil einer Strategie, die sozusagen die Liberalisierung und Deregulierung der nationalen Ökonomien zum Ziel hat. Ich habe das vorher schon gesagt. Das GATS ist nur ein Teil davon und deswegen geht es um eine ganze Bewegung gegen diese Liberalisierung, gegen diese Globalisierung, in unserem Fall von Dienstleistungen. Mir scheint's dazu gerade als ein Witz, wenn das Bundesministerium einmal, ich darf es zitieren, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Zusammenhang mit GATS, ironischer Weise von mehr Sicherheit und fairen Chancen spricht. Aus diesem Grund darf ich sie alle ersuchen, dieser Resolution zuzustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der Kollege Mayrhofer, glaube ich, hat irgendwann die Frage gestellt, warum sich da jetzt drinnen die britischen Eisenbahnen und die Hepatitis-A-Erkrankungen weltweit finden usw. Das ist ja leicht erklärt, das sind die Textbausteine die sich finden unter www.stoppgats.at. D.h., Herr Bürgermeister,

wir hätten uns die Zeit sparen können, das vollinhaltlich vorzulesen. Die Mandatare haben es und die Gäste sind sicherlich genug mit dem Internet verbunden und können sich das anschauen.

Was mich sehr freut an diesem Antrag, und das freut mich wirklich, weil ich bin gespannt, ob sie dann auch in der nächsten GR-Sitzung diese Inhalte weiterhin so vertreten die jetzt auch hier wieder vom Kollegen Keiler gekommen sind, nämlich, dass sie sich dagegen verwehren, dass Verhandlungen geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden. Sie wissen ja, ich kämpfe immer wieder, leider meistens vergeblich oder alleine oder nur mit ein paar Vertretern des Gemeinderates auf weiter Flur, gegen oder für eine Öffnung der Ausschüsse. Wenn hier jetzt bekrittelt wird, die Verhandlungen geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit, lade ich sie herzlich ein bei der nächsten GR-Sitzung einem Antrag von mir die Zustimmung zu erteilen, wo es um eine Öffentlichkeit dieser gemeinderätlichen Ausschüsse geht. Weil hier geht es auch um die Bürgeranliegen. Sie zitieren, hier bei GATS geht es um die Bürgeranliegen und die Bürger erfahren nichts. Ja, in unseren Sozialausschusssitzungen, in unseren Kulturausschusssitzungen geht es genauso um die Anliegen der Bürger. Aber ich freue mich, dass die SPÖ hier ein klares Bekenntnis zu mehr Öffentlichkeit in gemeinderätlichen Ausschüssen auch gelegt hat, und freue mich, dass sie bei der nächsten GR-Sitzung einem diesbezüglichen Antrag wohl die Zustimmung erteilen. Da freue ich mich schon darauf.

STADTRAT WALTER OPPL:

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ach, das eine hat mit dem anderen nichts zu tun? Das ist schon ganz interessant. Wenn es uns recht ist, dann sind wir gegen mehr Öffentlichkeit. Aber wenn nicht, dann ist uns wieder die Öffentlichkeit recht. Heute so und morgen so, wie es uns gerade politisch passt.

STADTRAT WALTER OPPL:

Reden sie nicht so, wie wenn wir das beschließen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Doch, aber wir können eine Resolution beschließen. Genau dasselbe was hier jetzt ist. Herr Kollege Oppl, sie bringen hier heute genauso eine Resolution ein und genauso kann ich beim nächsten Gemeinderat eine Resolution einbringen für eine Änderung des Stadtstatutes.

STADTRAT WALTER OPPL:

Jetzt haben sie es konkretisiert. Sie haben die ganze Zeit so getan, wie wenn wir das beschließen könnten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie tun das auch, lieber Herr Oppl.

STADTRAT WALTER OPPL:

Nein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Doch, zumindest ihre Fraktion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech, sie können selbstverständlich eine Resolution einbringen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber wissen sie, wenn der Kollege Oppl schon so genau jetzt Buchstaben reitet, dann soll er nur auf die hier vorliegende Resolution schauen, die als solche nicht bezeichnet ist. Ich lese immer nur, Antrag an den Gemeinderat. Da steht kein einziges Mal Resolution herinnen. Das steht nicht da.

So, zur Sache. Eines frage ich mich schon, wenn man das hier wirklich ernsthaft meint, was in diesem als Antrag formulierten paar Seiten hier steht, ob man das wirklich ernst meint. Nämlich, dass man nicht haben möchte, dass es Privates gibt im Bereich Gesundheitswesen. Der Kollege Eichhübl hat schon aufgezählt Ärzte, Spitäler, soziale Dienste. Ja, liebe sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, hätten wir soziale Dienste im privaten Bereich nicht, dann könnten wir diese Daseinsvorsorge ja überhaupt nicht erfüllen.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Das ist aber jetzt ein Denkfehler, liebe Michaela.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist kein Denkfehler. Ich weiß sehr wohl ...

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Es geht darum ob ein subventionierter Anbieter oder ein privater Anbieter am Markt ist. Der private Anbieter des Auslandes kann dann kommen, und sagen, Österreich verzerrt den Wettbewerb, weil der private Anbieter in Österreich Subventionen bekommt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, da gebe ich dir schon Recht. Nur, Gerhard, dann schreibt das bitte in eure Resolution hinein. Dann schreibt aber bitte nicht hinein, dass im Prinzip nur der Staat den Bereich Bildung, den Bereich Kultur, den Bereich Wissenschaft, Katastrophenschutz, soziale Dienste usw. betreiben soll. Wenn das so gemeint ist, lieber Gerhard, dann hindert euch niemand das hineinzuschreiben. Aber wenn ich die Textbausteine von einer Internetseite herunter lade, dann kann ich natürlich solche Informationen nicht hineinbringen. Das ist schon klar. Aber das hätte eben mehr Mühe bedeutet. Wenn ihnen das wirklich so wichtig ist, mit den privaten Vereinen, Gerhard, und wenn das eurer Fraktion so wichtig ist, dann frage ich mich, warum nicht schon die ganze Zeit man endlich einmal sich eingesetzt hätte für gleiche Rahmenbedingungen bei staatlichen und privaten Einrichtungen. Und die haben wir bis heute nicht. Ich brauche nur an den Schulbereich denken. Privatschulen sind eklatant benachteiligt gegenüber staatlichen Schulen. Es gibt überhaupt keinen Grund, dass das so ist. Städtische Kindergärten haben immer einen Wettbewerbsvorteil, ich sage Wettbewerbsvorteil, weil sie über bessere Zugänge finanzieller Natur verfügen, über bessere Ressourcen verfügen als das jetzt bei privaten Kindergärten und bei konfessionellen Kindergärten der Fall ist. Wenn ihnen das wirklich so wichtig ist, dann setzen sie sich ein für gleiche Rahmenbedingungen, egal wer der Träger ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das wäre einmal eine Resolution wert. Gleiche Rahmenbedingungen für Anbieter, egal wer der Träger ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn jetzt keine Ruhe ist, unterbreche ich die Sitzung, bis ihr euch alle beruhigt habt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist auch eine Frau am Wort!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eine Frau ein Wort, ein Mann ein Wörterbuch. Wenn sie sich so echauffieren, dann zeigt das ja nur, dass ich den wunden Punkt getroffen habe, weil sonst ist es ja eh so, dass hier herinnen oft Zeitung gelesen wird. Aber wenn ich jetzt das Wort ergreife, dann auf einmal flattern sie alle durcheinander mit ihren Wortmeldungen. Das ist immer die Geschichte, wenn man die Achillessehne trifft.

Also, wie gesagt, wenn, dann hätten sie diese Resolution, so wie es da steht als Antrag, eigentlich auf einen Punkt bringen können. Das wäre dann wirklich durchgezogen. Wir fordern die Hoheitsverwaltung für alle Bereiche. Es gibt überhaupt nichts mehr Privates, weil das Private ist ohnedies, na ja, es ist gerade noch ein akzeptierter Bestandteil des Gesellschaftssystems, viel mehr ist es ja nicht. Dann würde ich wirklich ersuche, ja ziehen sie es dann durch. Wenn sie dann so jubeln da, dass nur die Gemeinden sicherstellen können, dass es flächendeckend eine Versorgung gibt, dann wäre das ja schön, wenn das so wäre. Wenn ich mir bei uns anschau, den Bereich öffentlicher Verkehr, wo ich diese flächendeckende Versorgung überhaupt nicht habe, oder wenn ich mir den Bereich Bildung anschau, der sowohl in staatlicher Hand ist und wenn ich mir jetzt gerade die aktuellen Kürzungen anschau, dass die Schüler jetzt plötzlich zwei Stunden Bildung weniger haben,

das regt anscheinend niemanden auf.

Zwischenrufe: Doch!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber da kann man natürlich ordentlich einmal in die Vollen gehen, vor allem ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das wird alles privatisiert. Ist dann alles besser?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, es gibt eine Rednerliste, sie haben die Möglichkeit gegen mich zu antworten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, ich komme eh dann dran.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das können sie machen, es hindert sie niemand daran.

STADTRAT WALTER OPPL:

Zwischenrufe sind erlaubt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja eh, er erlaubt es sich eh selbst. Das kann er eh tun.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das werde ich auch in Zukunft machen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, ist auch erlaubt. Ich mache auch meine Zwischenrufe, warum nicht, sie brauchen sich ja nicht stoppen lassen.

Zur Sache: Frage ist: „Welche Sache eigentlich wirklich? Warum ist denn dieser Antrag da herinnen?“

Weil es Wahlen gibt und weil man mit diesem Thema natürlich schön Populismus macht.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Man hat ja die Gelegenheit über das Internet sich diesen Antrag durchzulesen oder diesen Resolutionsantrag. Aber wenn sie jetzt, oder fangen wir anders an. Wer sich diesen Antrag genau durchliest, merkt, dass es da drinnen nicht um Sachargumente geht, sondern um Polemik. Dass es so ist zeigt ja auch das, was von der Gewerkschaft zum Teil oder von der Arbeiterkammer immer ausgehängt war, dass nämlich alle Leute schon geglaubt haben, GATS steht tatsächlich nicht für General Agreement on Trade in Services, sondern für „Geheimer Ausverkauf von Trinkwasser und Sozialleistungen“. So wird das immer plakatiert. Das zeigt auch die Polemik dieser ganzen Geschichte auf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, und jetzt gehen wir wieder ein bisschen mehr zur Sache, meine Damen und Herren. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Hauser. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzter Gemeinderat, werte Presse. Also, manchmal ist es schon lustig, dass sich genau eine öffentliche Bedienstete hier herstellt und auf den öffentlichen Dienst gleich freiweg darüber fährt. Für mich ist das ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Kollege Hauser, bitte begründen sie das.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ja, ja, ich bin ja noch nicht fertig. Sie meinen offensichtlich, dass die Zeitungsmeldungen alle stimmen die da so durch die Gegend geistern, dass der öffentliche Dienst in Wirklichkeit eh abgeschafft gehört, weil ja aus ihrer Sicht offensichtlich eh alle anderen alles besser können als der öffentliche Dienst.

Darum kann man sich ja auch liberalisieren. Ich nehmen nur das Beispiel öffentlicher Verkehr. Eines kann ich ihnen sagen, den privaten Anbieter müssen sie mir zeigen, der dieses öffentliche Verkehrsnetz aufrecht erhält, wenn er 23 Mio. Defizit im Jahr macht. Das müssen sie mir zeigen, wo diese Versorgung in Steyr dargeboten wird wie wir sie jetzt haben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wir brauchen eh nicht verkaufen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Ja, das glaube ich ihnen schon, aber der Private würde das verkaufen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das ist eine unnötige Aufregung. Wir brauchen es nur nicht beschließen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Also bitte sehr Herr StR Mayrhofer, es wäre gut, wenn sie einmal die Richtlinien lesen würden, weil wenn einmal die Dinge beschlossen sind, dann sagt ihnen wer anderer ob sie anbieten oder nicht. Dann passiert es uns genauso wie es derzeit beim Gas ist. Ich möchte sie auf eine kleine Episode in einem unserer letzten Verwaltungsausschüsse hinweisen zu dieser Frage, denn die Liberalisierung der Gaslieferung haben wir ja schon. Jetzt ist es also so, dass es verschiedene Anbieter gibt. Die erste Frage, die gleich gestellt worden ist, ist es nicht gescheiter wir verkaufen unser Gaswerk, weil gewinnbringend können wir wahrscheinlich eh nicht mehr arbeiten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Es ist aber schon klar, dass wir dort mit höheren Preisen fahren als es notwendig war, weil wir damit Gewinn erzielen wollen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Aber das setzen wir schon für die Gemeinschaft ein.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber gewinnorientiert.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Ja sicherlich. Also das muss man schon einmal sagen, für wen das erwirtschaftet wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der Herr Hauser ist am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja eh, aber ich habe den Vorsitz und der Vorsitzende kann immer dazwischen reden.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Wenn ich dann auf der anderen Seite noch schaue, dass man z. B. bei Spitälern unter anderem darüber redet und wir genau wissen, dass die GESPAG ja eine ausgegliederte Gesellschaft des Landes OÖ ist und die nicht gewinnorientiert arbeiten muss und alles andere sind zum Großteil Sanatorien wo sich eh nur jeder leisten kann dass er hinget wenn er zusatzversichert ist, dann frage ich mich, ob das also ein Weg in die Richtung sein soll ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wels! Ordensspital Wels.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Das ist ja nur ein Beispiel von vielen. Ich habe ja nicht gesagt, dass ich alles deckend aufzähle, sondern es geht ja aus meiner Sicht nur darum, dass ich sage, wenn wir also so agieren, dass in der Zukunft alle Dinge nur mehr für jeden leistbar sind wenn er es sich auch finanziell leisten kann und sonst hat er es eben nicht, dann ist das für mich ein großes Problem. Dass die Richtung letztlich dahinget und weil sie zuerst zitiert haben die Vereinbarung, die Regierungserklärung, und sie dort zitiert haben unter anderem, dass also in dem Punkt drinnen steht, was also nicht bei GATS

angeboten werden soll, steht aber im gleichen Atemzug drinnen, dass 30.000 öffentlich Bedienstete eingespart werden. 10.000 vom Bund und 20.000 von den Ländern. Da brauchen sie nicht so tun wie wenn das nicht stimmen würde Herr StR Mayrhofer.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Mayrhofer

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ja was ist denn leicht GATS? Geht es da nicht um öffentliche Dienstleistungen? Das müssen sie mir schon sagen. Wenn ich daher öffentliche Dienstleistungen zurücknehme, sie liberalisiere, auf den privaten Markt gebe, dann brauche ich auch die öffentlich Bediensteten nicht. Das ist schon richtig. Oder? Das stimmt schon. Also erzählen sie mir nicht, dass diese Dinge alle von Gott gegeben sind die da daher kommen, sondern letztlich ist es ja so, dass wir uns in Österreich so bewegen, als wie wenn alle nichts gewusst hätten. Leider Gottes musste ich feststellen, bei der Veranstaltung am 6. Februar, die in der Arbeiterkammer stattgefunden hat und wo also 4 Politiker aller Couleurs am Podium gesessen sind, dass es wirklich so war, dass keiner was weiß. Es ist für mich also schon bezeichnend, wenn der Herr Nationalratsabgeordnete Murauer uns dann so ein Bild zeichnet, wie es also im Parlament war, dass er zur Parlamentsdirektion gegangen ist, und gesagt hat, er möchte gerne etwas über GATS wissen. Der Sekretär hat ihm gesagt, da draußen steht ein Wagerl, da stehen 10.000 Seiten darauf, lese es wenn du etwas wissen willst. Die Realität ist auch, dass der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten derjenige ist, der einmeldet was liberalisiert werden soll. Der macht das für den Sektionschef der ihm das vorbereitet hat. Das ist Realität. Das sind diese Dinge, die einfach so sind. Daher glaube ich ganz einfach, dass es durchaus natürlich ist, wenn man sich gegen das eine oder andere wehrt, noch dazu wenn man weiß, dass die WTO-Richtlinien hier sagen, dass nationales Recht, die österreichische Regierung, die EU-Kommission und alle nicht mehr über das drüber können, was die WTO beschließt. Letztlich ist es so, dass diese Vereinbarungen der WTO alle Gesetze, die in der EU bzw. in den nationalen Staaten sind, overrulen. D. h., die Demokratie wird hier ganz massiv, aus meiner Sicht, mit Füßen getreten. Das ist meine wirkliche Befürchtung die ich dabei habe. Weil eines ist auch klar, dass es verschiedenste Globalisierungsmaßnahmen schon gegeben hat und dass es die in der Zukunft auch geben wird, wird sich aus meiner Sicht eh nicht gänzlich verhindern lassen. Nur dass man dann eine Resolution wie am Land OÖ, wo also nicht ganz genau definiert ist wer denn für was da sein könnte und man möchte ...

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn StR Mayrhofer

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Lassen sie mich nur ausreden, dann werden sie es gleich wissen. Das war der kleinste gemeinsame Nenner auf den man sich einigen konnte. Wenn sie genau wissen wollen von mir Herr Stadtrat warum es unterschiedlich ist wie in Steyr eine Resolution beschlossen werden kann und wie im Land OÖ, dann schauen sie sich die Mehrheitsverhältnisse an.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr GR Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, gestatten sie mir ein paar Bemerkungen grundsätzlicher Natur. Ich persönlich finde diesen Antrag und auch einen Teil dieser Wortmeldungen schlichtweg etwas Heuchlerisch, denn die Ursachen für diese Diskussion liegen doch auch in der Volksabstimmung 1996 und in unserem Beitritt zur EU, ...

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

1994!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... uns bitte sehr wohl bewusst war, dass wir viele Bereiche der Souveränität, was die Nationalstaaten betrifft, abgeben in dem Moment wo wir mit großem Votum der EU beitreten, es waren glaube ich damals 97 %. Inzwischen ist offensichtlich ohnedies eine gewisse Nüchternheit eingetreten. Gerade eine dieser Parteien die damals vehement, ohne Wenn und Aber, in die EU gedrängt haben, nämlich auch die SPÖ stellt jetzt mittels Resolutionen das Ganze nicht nur infrage, sondern will das bekämpfen, was sie damals selbst vehement gefordert hat. Es war damals schon klar, dass die

Nationalstaaten in der EU nicht mehr so viel zu reden haben werden und gewisse Dinge aufgeben werden müssen. Wer das leugnet, belügt sich meiner Meinung nach selbst und daher finde ich auch einen Teil dieser Diskussion schlichtweg etwas verlogen. Dass sich die Menschen in unserem Land viele Sorgen machen was die Ressourcen betreffen, in erster Linie das Wasser, ist nicht nur verständlich, sondern muss auch natürlich mit allen Mitteln unterstützt werden. Es ist heute das Trinkwasser angeführt worden, ich glaube es war der Kollege Oppl, der gesagt hat, das Trinkwasser in den Kommunen kann ohnedies nicht ohne Zustimmung der Gemeinden privatisiert werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Kollege Mayrhofer hat das gesagt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es schaut dann schon wieder ein bisschen anders aus, z. B. mit den zukünftigen Rechten, was das Quellwasser betrifft. Auch entlang der Enns gibt es ja Überlegungen dieses Filterwasser international nicht nur anzubieten, sondern daraus Geschäfte zu machen. Es ist interessant, es ist der ehemalige Bürgermeister, der Aufsichtsratsvorsitzende der Ennskraftwerke. Es wäre auch einmal ganz interessant, wie dort die Stimmung oder die Haltung zu diesem ganzen Thema ist, weil das liegt nämlich nicht mehr in der Souveränität der Stadt Steyr, sondern hier hat, wie wir alle wissen, auch das Land ein großes Wort mitzureden. Es wird interessant sein, wie diese Diskussion ausgeht. Es ist auch Wasser. Das einmal zu diesem Thema. Wasser ist sicher eines der Hauptthemen, was diesen ganzen GATS-Bereich anbelangt. Nicht nur selbstverständlich. Wasser ist Lebensmittel Nummer 1 für die Menschen und eines der wichtigsten Lebensbereiche überhaupt, daher auch zu Recht eine grundsätzliche Diskussion darüber abzuhalten. Ich glaube in OÖ besteht allerdings breitester Konsens was den Verkauf oder die evt. Privatisierung von Wasser anbelangt. Alle Parteien sind sich darüber einig, dass vor allem dieser Bereich nicht privatisiert werden soll. Auch unsere Partei, die ja im Land für das Wasser zuständig ist, durch den LR Achatz, hat immer klargestellt, dass wir jeglicher Privatisierung, Liberalisierung in diesem Bereich ganz massiv entgegenzutreten werden. Ich glaube, das ist auch eine wichtige Erkenntnis.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Stephan bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ich darf nur kurz noch was richtig stellen. Das GATS-Abkommen ist wie gesagt Teil des GAT, das die WTO ausverhandelt hat und die Schlussakte über die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde, dort hat es ihren Ursprung, war in Marakesch am 15. April 1994 und das ist Bestand eines völkerrechtlichen Vertrages den, ich habe es gesagt, mit 143 anderen Staaten, Österreich unterschrieben hat. Mit der EU hat das Ganze nur deshalb etwas zu tun, weil die EU jetzt versucht alle 15 Mitgliedsstaaten dazu zu bewegen, an einem Strang zu ziehen und weil die EU auch eine Zollunion ist und das eigentlich die Ausgangsbasis der WTO war. GATS hat mit der EU insofern überhaupt nichts zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es liegt mir noch eine Wortmeldung vor. Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, es ist schon spaßig, wenn man so Weltpolitik in der Gemeindestube betreibt. Es ist schon wirklich interessant, obwohl die Parallelen zur Bundespolitik auch wieder da herinnen in unserem kleine, aber doch bedeutenden Steyr wieder sichtbar werden und vor allen Dingen hörbar werden und dass so die eine oder andere Wortmeldung, weil zuerst gefallen ist, dass manche aus dem Internet abschreiben, auch bundespolitisch fast deckungsgleich hier herinnen stattfindet. Ich finde es nur insofern auch interessant, denke ich mir, und das ist ja heute schon des Öfteren gefallen, dass so die Betroffenheit eigentlich über alle Fraktionen herrscht und dass in der Bevölkerung ein durchaus spürbares, ungutes Gefühl vorhanden ist, was das anbelangt, nur, und das liegt in der Natur der Sache, einzelne Fraktionen ihre eigene Meinung haben können. Das ist auch gut so. Nur eines muss uns schon klar sein. Wenn sich die kleine Stadt Steyr, klein unter Führungszeichen, weil in Wahrheit sind wir ein Punkt in der Landschaft gegenüber den Weltkonzernen die hier rundherum schon werken, aufrafft und eine Resolution an die Bundesregierung aufschreibt, ganz egal ob es jetzt im Internet steht oder nicht, dann sollte uns das vielleicht zu mehr Engagement da herinnen anfeuern, als wie sich gegenseitig Schuld zuzuweisen, wer wo abgeschrieben hat. Ich glaube, dass die Bedeutung dieser Verhandlungen, GATS, vielleicht größer sind als die eine oder andere Wortmeldung und dass sie unter Umständen vielleicht

komplizierter und dichter sind, wie ja die Frau Kollegen Frech zu 100 % heraußen bewiesen hat, wie glatt das dieses Paket ist, wenn man dann in die Tiefe gehen muss und sich vom Kollegen Klausberger die Details erklären lassen muss. Ich denke mir, das war ja durchaus okay und zeigt auch, dass es auch unterschiedliche Auffassungen dazu geben kann. Nur eines ist klar, sollte das, was sich die Großkonzerne wünschen, und dazu sind wir ja in Steyr oder auch in Österreich zu klein dazu um ihnen zu widerstehen, zu 100 % durchgeführt werden, dann können sie sich dieses städtische Parlament so vorstellen, dass wir in Wahrheit ja eigentlich über kaum mehr etwas kommunalpolitisch beschließen können, ohne dass wir den privaten Mayr, Hofer oder Huber fragen müssen, ob wir das überhaupt dürfen. Hat das jeder so mitbekommen in dieser Schärfe? Wozu wir dann eigentlich herinnen sitzen, wenn wir dann nicht urteilen dürfen, welchen Busverkehr wir betreiben, welche Maßnahmen wir noch im innerstädtischen Bereich noch in der Kommune haben können.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie können auch in Zukunft noch mit ihrem Bus fahren.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich möchte mit ihnen schon gar nicht über Zukunft sprechen Herr Mayrhofer, weil diejenigen die diese Privatisierung über Jahre und Jahrzehnte besonders heftig auch betrieben haben, müssen jetzt auch feststellen, dass es auch eine Schattenseite der Privatisierung geben kann. Ich denke, dass es nicht recht viel Sinn macht, von unserer Fraktion her, diesen Abänderungsantrag der ÖVP hier näher zu treten, weil ich denke mir, es kann gar nicht scharf genug argumentiert werden und es kann gar nicht laut genug gerufen werden, Richtung Bundesregierung. Die Gefahr, dass wir uns in die Unselbstständigkeit bewegen, auch wenn die Kommunen noch so klein sind, aber trotzdem die Gefahr, und das steht auch drinnen und der Keiler Stephan hat es auch dezidiert noch einmal gesagt, dass es auch darum geht, gegen kommunalpolitische Strömungen, diese Widerstände zu überwinden, dass man Macht und Mächte in private Hände gibt und dass wir da herinnen eigentlich nur mehr sitzen um vielleicht Glühbirnen auszuwechseln. Diese Gefahr besteht ohne Zweifel. Ich bitte sie alle über alle ideologischen Grenzen hier auch die Angst der Bevölkerung ernst zu nehmen, und springen sie halt einmal über ihren Schatten um Gottes Willen. Ehrlich gesagt ich sitze da und höre ihnen schon eine Stunde zu, nur bei der ÖVP weiß ich, dass sie einen Abänderungsantrag stellen wollen, bei der F ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Gestellt haben!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Gestellt haben, danke sehr. Die Vergangenheit ist auch etwas Schönes.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist Vergangenheit?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sie haben eine Antrag gestellt und das ist meiner Ansicht nach Vergangenheit. Wie sich die F verhält weiß ich nicht und wie sich das Liberale Forum verhält weiß ich auch nicht. Also, springen sie halt über ihren Schatten, stimmen sie zu. Es ist nichts vertan dabei und sie haben der Bevölkerung denke ich mir auch signalisiert, dass sie ihre Befürchtungen ernst nehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Kollege Apfelthaler. Herr Vzbgm. Pfeil hat sich noch zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Apfelthaler, ich komme gerne ihrem Wunsch nach, vor der Abstimmung unser Abstimmungsverhalten ihnen vorher bekannt zu geben. Wir sind ja Freunde da alle und da können wir das gerne tun, wenn sie das wünschen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber zuerst erlauben sie mir, lieber Stephan, tatsächlich noch eine Berichtigung, falls du sie zuerst vom Platz aus nicht gehört hast, wo ich am Platz war und du am Rednerpult. Es ist tatsächlich so, dass die GSM-Vergabe bzw. der Ausbau der GSM-Netze durch das Telekommunikationsgesetz geregelt war und erst jetzt die ...

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Das habe ich nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Freilich, du hast von GMS gesprochen und das ist falsch.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Habe ich mich versprochen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Telekommunikationsgesetz ist nicht von dieser Bundesregierung beschlossen worden. Das ist ein sehr uraltes Gesetz, aber wo deine Partei einen sehr wesentlichen Anteil hatte, wo wir leider nichts gegen den Wildwuchs der Sendemasten anrichten konnten. Gut, lassen wir das, wir können ja in der Pause weiter reden.

Ich habe mir das jetzt auch eine Stunde angehört Herr Apfelthaler, ich finde es auch sehr abenteuerlich, wenn die selben Parteien, die im Landtag über dasselbe Thema eine Einigung gefunden haben, diese Einigung hier verwerfen und hier die uralten Anträge, die eh schon bekannt gewesen sind, dann heruntergeladen haben und hier wieder einbringen. Das bringt nicht sehr viel politisches Kleingeld. Wir wissen, es ist im Herbst Wahl und wir wissen auch, dass wir vor Jahren hier nicht beschlossen aber empfohlen haben, dass wir Resolutionen, die nicht primär den Steyrer Gemeinderat betreffen, dass wir das hier tunlichst vermeiden sollen. Jeder hat Verständnis dafür in Vorwahlzeiten, dass das kommt, aber es war sogar die Diskussion, ob Resolutionen über Verkehrswege, die den Bund betreffen, hier überhaupt eine Berechtigung haben. Da denke ich schon, dass das vielmehr eine Berechtigung hätte als so ein Thema wo sich der Landtag schon ausführlich dazu erklärt hat. Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion wird sich den Ausführungen des Landtages anschließen und der Resolutionsentwurf der heute von der SPÖ eingereicht wird, wird von uns nicht die Zustimmung bekommen, wird mit Stimmenthaltung quittiert werden und wir werden uns der ÖVP, dem Abänderungsantrag, anschließen. So schaut das aus. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Walter Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren, liebe Gäste. Ich bin fürs Reden miteinander und der Herr Apfelthaler hat gesagt, scharf muss es sein. Wenn ich scharf bin, zerstöre ich aber das Redeklima und das Wort stopp stört mich, weil da rede ich ja dann nicht mehr. Ich glaube, unser Abänderungsantrag ist auf jeden Fall besser, weil es soll ja darüber geredet werden. Zum Kollegen Hauser möchte ich noch sagen, ich war auch bei dieser Veranstaltung, weil ich bin ja dort nicht zu übersehen, und der NR Murauer war mindestens ebenso gut informiert wie der NR Gartlehner.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat er aber auch nicht kritisiert.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Er hat nur den NR Murauer genannt und das wollte ich dazu sagen. Anschließend an diese Veranstaltung bin ich nach Hause gekommen und in den Nachrichten wurde gemeldet, die EU hat beschlossen, in die GATS-Verhandlungen weiterhin zu gehen, Ausnahme, die wichtigsten Bereiche wo wir damals den ganzen Abend darüber diskutiert haben, Wasser, Gesundheit, Kunst und Kultur. Das habe ich am Abend in den Nachrichten gehört wie ich von dieser Veranstaltung nach Hause gegangen bin. Also sind wir auch von der EU gut vertreten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das schon strikt zurückweisen, dass es ein Wahlthema ist. Auch die, die mit Politik ein bisschen eine Erfahrung haben, wissen, dass das nicht am 20. März entschieden wird, weil wir wählen erst am 28. September. Da gibt es noch so viele neue Dinge, die vielleicht wesentlich mehr Gelegenheit bringen, da die Debatte zu führen. Es wird sicher ganz interessant. Ich möchte mich da gar nicht auf irgendwelche Details einlassen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geh sag es mir!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Roman, die Gelegenheit wird sich noch ergeben, ich freue mich schon darauf. Ich möchte dich auch so überraschen wie du mich heute, weil ich habe geglaubt du stimmst zu. Du hast mich heute wirklich überrascht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe eh die Hand schon so weit heroben gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum, dass da viele Ängste vorhanden sind. Ich behaupte zumindest für mich, dass ich weit davon entfernt bin, die Dimension, was da alles drinnen ist, richtig einschätzen zu können. Ich gestehe das für mich ein. Aber es sind viele Ängste vorhanden, was da alles passieren kann und was möglicherweise alles in einem Bereich geregelt wird wo man sich dann hinflüchtet und sagt, na die haben das beschlossen. So wie der Kollege Payrleithner sagt, mit dem EU-Beitritt haben wir dort schon das „Ja“ für alles und ewig gegeben. Das ist nicht meine Meinung. Ich bin 100 %ig ein Befürworter zur EU und auch zur EU-Erweiterung aber nicht um jeden Preis und nicht um das Wenn und Aber. Also, hier muss es schon auch in den zuständigen nationalen Körperschaften Regelungs- und Einflussmöglichkeiten geben, weil es nämlich um unsere Bürger geht die wir zu vertreten haben, weil sonst können wir nämlich eh alles auflösen, ersparen wir uns noch ein Geld und wir haben ja nirgends die Schuld. Dann haben wir wenigsten wirklich einen der Schuld hat. So einfach kann man sich das nicht machen. In diesem Bereich geht es wirklich um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und darauf haben wir auch Einfluss zu nehmen. Wenn wir eine Resolution, lieber Walter Gabath, sei nicht empfindlich, du bist ein ÖVPLer, es ist ja keine Schande ...

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Ich bin stolz darauf.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich glaube, wenn das ein bisschen kantiger und eckiger ist, ist ja überhaupt nichts hinzuzufügen. Es muss nicht immer alles so softig und unverbindlich sein. Man kann sich ruhig hier herstellen und sagen, wir wollen, für die Steyrer Bürger und Bürgerinnen vertreten wir diese und jene Position. Wir schreiben da in die Resolution ja nicht hinein, dass die Verhandlungen abgebrochen werden müssen und dass es nichts mehr geben darf.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Roman, lies es dir durch. GATS-Verhandlungsstopp bis zur erfolgten Evaluierung bisheriger Privatisierungen. Also, da steht das überhaupt nicht drinnen, dass es keine weiteren Verhandlungen mehr geben darf. Dessen sind wir uns eh bewusst, dass da noch so manches vereinbart wird und dass es noch viele Verhandlungen gibt. Aber es sollte sensibilisiert werden. Es sollte schon auf die Bedürfnisse der Menschen hingewiesen werden und nicht alles zum Opfer von Kapital, von Erträgen, von Gewinnen kommen. Also ich glaube, dass das unsere Aufgabe dabei auch ist. Wenn man das so vergleicht, es gibt ja private Einrichtungen und dort wissen wir schon, wo kein Gegengewicht ist, dort ist es nicht immer zum Vorteil der Bürger und Bürgerinnen. Da passt nämlich gerade die Liberalisierung beim Gas und Strom, dort erleben wir es nämlich gerade jetzt. Da erleben wir es

nämlich gerade für wen diese Liberalisierung von Vorteil ist. Nicht für die Bürger die wir vorrangig zu vertreten haben, sondern nur für die Großen. Die holen sich dort die Rosinen heraus und alle anderen werden es letztendlich bezahlen. Wenn wir die Gewinne im Gaswerk nicht mehr machen, lieber Kollege Mayrhofer Gunter, wenn wir die Gewinne dort nicht mehr machen werden, dann werden wir aus einem anderen Geldtopf den Abgang für die öffentlichen Verkehrsmittel bezahlen. Oder, Frau Kollegin Frech, wir werden sagen wir drehen das zu, wir werden das öffentliche Verkehrsmittel einschränken. Dann werden wir schauen wie das geht. Es ist schon ein Unterschied wo man die Gewinne verwendet und wie man die Gewinne verteilt. Es ist ja nichts einzuwenden gegen Gewinne.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. So, damit glaube ich ist die Rednerliste beendet. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Der Bürgermeister hat gesagt, er macht kein Schlusswort mehr, das hat eh jetzt der Kollege Bremm gemacht. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt jedem ein Abänderungsantrag von der ÖVP vor. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag ab. Wer diesem die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 13 (FPÖ, ÖVP). Wer ist dagegen? 20 (SPÖ, GAL). Wer übt Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der SPÖ. Wer diesem die Zustimmung gibt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 20 (SPÖ, GAL). Wer ist dagegen? 1 (LIF). Wer enthält sich der Stimme? 13 (FPÖ, ÖVP). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich würde jetzt eine Pause von 20 Minuten vorschlagen, wenn der hohe Gemeinderat einverstanden ist. Ich danke für die Zustimmung.

PAUSE VON 16.01 UHR BIS 16.43 UHR

GR Stefan Fröhlich kommt um 16.43 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine Damen und Herren, wir setzen die GR-Sitzung fort. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach, um ihre Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2003 im Alten- und Pflegeheim Tabor. Es sind im Budget vorgesehen im o. H. 1.847.000,-- Euro und im ao. H. 290.000,-- Euro. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen zu erfolgen. Ich ersuche um ihre Zustimmung.

12) Fin-100/02 Alten- und Pflegeheim Tabor, Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 2003 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung des o. H. bei der Voranschlagsstelle 1/899000/759200 in Höhe von Euro 1.847.000,-- und des ao. H. bei der Voranschlagsstelle 5/899000/775000 in Höhe von Euro 290.000,-- grundsätzlich freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Danke, einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um einen Grundsatzbeschluss, um eine Ergänzung der Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen.

Der Antrag lautet:

13) SH-2/02 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen; Ergänzung des Grundsatzbeschlusses.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der in der Sitzung des Gemeinderates vom 21. 3. 2002 gefasste Grundsatzbeschluss betreffend die Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen wird dahingehend ergänzt, dass die Antragsteller Einwohner der Stadt Steyr sein müssen, die ihren Hauptwohnsitz seit mindestens 1 Jahr in der Stadt Steyr haben.

Alles andere bleibt bitte gleich. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dazu gibt es eine Wortmeldung. Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Den einen Punkt begrüße ich sehr, in der Änderung des Grundsatzbeschlusses nämlich, dass in Zukunft Antragsteller alle Einwohner der Stadt Steyr sein können und nicht wie bisher die Bürger. Das ist keine formalistische Unterscheidung, sondern der Unterschied ist der, dass Bürger ja nur die Wahlberechtigten sind, d. h., nach dem Grundsatzbeschluss hätten bisher nur Inländer den Heizkostenzuschuss bekommen und durch diese neue Erweiterung auf Einwohner bekommen ihn also jetzt auch die ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen die bedürftig sind und das begrüße ich sehr.

Was mir nicht so gefällt und dazu sehe ich auch keine Notwendigkeit, es wird weder in Linz so gehandhabt noch in Wels, dass man eine Mindestzeit bereits als Hauptwohnsitz gemeldet sein muss. Bei uns wird da jetzt eingefügt, seit mindestens 1 Jahr. Diese Regelung, ich habe mich erkundigt, gibt es in Wels nicht, die gibt es in Linz nicht. Ich sehe eigentlich keine große Notwendigkeit das in Steyr machen zu müssen. Was sich bei mir dann auch noch bei den Recherchen aufgedrängt hat ist das, dass anscheinend das Heizmaterial in Steyr nur die Hälfte kostet von dem was es in Linz kostet bzw. in Steyr ist es anscheinend im Winter nur halb so kalt wie in Linz, weil die Linzer gewähren einen Heizkostenzuschuss lt. Beschluss von 160,- Euro also genau das Doppelte von Steyr. Die Welser wiederum, dort muss das Heizmaterial total billig sein und im Winter muss es sehr, sehr warm sein, weil die gewähren nur 40,- Euro. D. h., ich würde diesbezüglich die Bitte an die Frau Vizebürgermeisterin Mach richten, ich nehme an, dass die Sozialreferenten der Statutarstädte ja mitunter einmal aufeinander treffen und dass man sich hier wirklich einmal überlegt was Sinn macht, weil argumentieren lässt es sich nicht, außer von der Budgetfrage her.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Dass wir auf 40,- Euro herunter gehen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, sondern dass man sich wirklich überlegt, also wirklich Gunter, soweit müsstest du mich schon kennen, dass ich da jetzt nicht möchte, dass die Einkommensschwachen noch weniger bekommen als bisher. Ganz im Gegenteil, wenn es wirklich Sinn macht, dass man diese 160,- Euro hergibt in einem strengen Winter, dann bin ich sehr wohl dafür, dass man diese 160,- Euro hergibt.

Ich habe deshalb eine Abänderungsantrag Frau Vizebürgermeisterin, der dahingehend lautet, dass zwar die Ergänzung auf alle Einwohner stattfindet, was ich begrüße, aber diese Mindestzeit nicht eingefügt wird, weil sie würde eines bedeuten, wenn heute wirklich, und da geht es absolut um die schwächsten Einkommensbezieher, wenn jemand im März erst nach Steyr siedelt, dann könnte er für diesen Winter keinen Heizkostenzuschuss beantragen, weil er noch nicht ein Jahr gemeldet ist. Ich möchte nicht, dass jemand der kaum ein Geld hat sich Heizmaterial zu leisten und wir trotzdem sagen, es tut uns Leid, du bist noch zu wenig lang in Steyr und wir geben dir nichts. Ich würde sie bitten, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

Abänderungsantrag
zum Antrag SH-2/02 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen; Ergänzung des Grundsatzbeschlusses

Der in der Sitzung des Gemeinderates vom 21. März 2002 gefasste Grundsatzbeschluss betreffend die Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen wird dahingehend geändert, dass als Antragsteller alle Einwohner der Stadt Steyr infrage kommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das im Ausschuss lange besprochen und es war eine einstimmige Beschlussfassung, dass der oder die EinwohnerIn ein Jahr den Hauptwohnsitz in Steyr haben müssen. Es kann natürlich so sein, dass ich mich in Steyr vier Monate anmelde, dann wechsle ich wieder den Wohnsitz nach Linz oder Wels.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wegen 80,- Euro?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, wir haben einen einstimmigen Beschluss und ich glaube auch, die 80,- Euro, wir stimmen uns sonst schon ab mit den anderen Städten, aber bei uns ist das ein Mittelding. Wenn ich Wels anschau mit 40,- Euro und Linz mit 160,- Euro. Wir haben die 80,- Euro zur Verfügung. Die Leute sind froh, wenn sie eine Unterstützung bekommen, weil es bekommen wirklich nur die einkommensschwachen Personen das Geld. Wir haben das lange und ausführlich im Ausschuss behandelt und es wurde einstimmig so beschlossen. Darum würde ich auch den Gemeinderat um die Zustimmung für den Hauptantrag ersuchen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag von der GR Michaela Frech ab. Wer für diesen Abänderungsantrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 2 (1 GAL - GR Kupfer, 1 LIF). Wer ist dagegen? ÖVP und 1 GAL (GR Apfelthaler). Stimmenhaltung? SPÖ und FPÖ. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Hauptantrag. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖVP, 1 GAL (GR Apfelthaler). Wer ist dagegen? 1 LIF. Wer enthält sich der Stimme? 1 GAL (GR Kupfer). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Damit danke ich der Frau Vizebürgermeisterin für ihre Anträge und bitte Herrn Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil um seinen Bericht.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, in meinem Antrag geht um die Jahressubvention für den OÖ Tierschutzverein, Zweigstelle Steyr, in der Höhe von 18.200,- Euro. Ich darf in diesem Zusammenhang berichten, nachdem diese Jahressubvention, so wie ich hoffe, unbestritten sein wird, dass die Verhandlungen um den Neubau des Tierheimes Steyr letzte Woche ein erfolgreiches Ende gefunden haben und so wie wir hoffen im nächsten Monat der Spatenstich für das neue Tierheim in Steyr/Gleink stattfinden soll, wenn nichts mehr dazwischen kommt. Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

14) Fin-41/03 OÖ Tierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Subvention 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VIII - FA Veterinärwesen vom 30. Jänner 2003 wird dem Landestierschutzverein und Verein für Naturschutz, Zweigstelle 4407 Steyr-Gleink, Neustifter Hauptstraße 11 für das Jahr 2003 eine einmalige, nicht rückzahlbare Subvention, zweckgebunden für den laufenden Betrieb des Tierheimes Steyr, in Höhe von Euro 18.200,- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von 18.200,- Euro (achtzehntausendzweihundert) bei der VASt. 1/581000/757000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das war so umfassend, dass es keine Wortmeldung gibt. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Danke schön, einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in meinem ersten Antrag

geht es um eine Kaufvereinbarung mit dem Land OÖ bzw. den Ehegatten Ernst und Emilie Metz sowie der Stadt Steyr, Grundeinlösen Umfahrung Dietachdorf. Ich glaube, dass das ein wichtiger Antrag ist, damit die Verhandlungen bzw. der Spatenstich für die Umfahrung Dietachdorf raschest realisiert werden kann. Ich glaube, das ist im Interesse der Stadt, dass wir zu dieser Vereinbarung kommen. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

15) ÖAG-3/03 Umfahrung Dietachdorf, Grundeinlösen, Kaufvereinbarungen mit dem Land OÖ, Straßenverwaltung bzw. den Ehegatten Ernst und Emilie Metz sowie der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. März 2003 wird dem Abschluss der in der Anlage beigeschlossenen Vereinbarungen mit dem Land Oberösterreich, Landesstraßenverwaltung, zur Errichtung der Umfahrung Dornach im Rahmen der Bundesstraße B 309 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich möchte vielleicht noch dazu ergänzen, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass wir diese Anbindung an die Autobahn möglichst bald bekommen. Die Stadt Steyr hat wirklich alles getan, um diese Grundeinlöse möglichst schnell und rasch zu erledigen. Wir werden ja demnächst schon, ich nehme an im September d. J., ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

6. September!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist aber ein Zufallsdatum.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

... einen Spatenstich dort feiern können. Das heißt, die erste Etappe dieser B 309 wird dort begonnen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Danke schön, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich würde vorschlagen, dass man am 29. September dort den Spatenstich macht. Das war außer Protokoll.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In meinem zweiten Antrag, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, geht es um eine außerordentliche Subvention zur Ausfinanzierung des Kabinengebäudes beim SK Amateure Steyr im Ausmaß von 26.200,-- Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich hoffe, dass es doch mit dieser Sanierung, weil bei dieser Sanierung des Gebäudes doch einige Millionen Schillinge notwendig waren und das wir ja als Stadt massiv unterstützt haben, dass auch der sportliche Erfolg nicht ausbleibt und wir am Ende dieser Saison sagen können, wir haben auch einen Fußballverein in der Bezirksliga.

Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

16) Fin-170/98 SK Amateure Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines neuen Kabinengebäudes; Ausfinanzierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 7. März 2003 wird dem SK Amateure Steyr für den Neubau des Kabinentraktes zur Ausfinanzierung eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von Euro 26.200,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von Euro 26.200,-- (iW

sechszwanzigtausendzweihundert) werden bei der VSt. 1/269000/777000 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, es ist ein starker Übergang von der Umfahrung Dietach zu SK Amateure Steyr, aber für den Vzbgm. Bremm mit seinem großen Aufgabengebiet ist das glaube ich keine Schwierigkeit, noch dazu wo er selbst aktiver Fußballer war. Der Grund meiner Wortmeldung ist der, dass wir hier eine Subvention machen für einen Verein, für ein Gebäude, dass dann immer argumentiert wird, wichtig ist es für die Vereine, für die Jugendarbeit, gerade im Fußballbereich. Bei der Amateure Steyr hat sich gezeigt, nachdem 10 Jahre erfolgreich Jugendarbeit durchgeführt worden ist, sind diese Jugendlichen eigentlich nicht in die Kampfmannschaft gekommen. Ich glaube, wenn wir schon Geldgeber sind, sollten wir wenigstens so viel Mitsprache haben, oder wenigstens so weit Gehör finden, ...

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich meine ja nicht bei der Mannschaftsaufstellung.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber auf jeden Fall sollte dem Präsident dieses Klubs schon bewusst sein, wenn er öffentliches Geld von der Stadt bekommt, das auch für die Jugendlichen da sein soll, dann sollten die Jugendlichen auch motiviert werden können, dass sie später vielleicht auch in die Kampfmannschaft hineinkommen. Bei diesem Verein hat es sich nicht gezeigt. Da hat der Präsident eher seine selbst angestellten Mitarbeiter hier spielen lassen bis zum St. Nimmerleinstag. Das hat auch jetzt zu einem sportlichen Niedergang der Amateure geführt. Es gibt hier dann auch wenig Anreiz für die Jugendlichen in so einem Verein zu spielen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das sollten wir in Zukunft im GR beschließen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich möchte nur, dass der Sportreferent ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gerhard, die Vereinspolitik sollten wir in Zukunft ein bisschen mehr diskutieren.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich möchte nur, dass man den Präsidenten darauf aufmerksam macht, genauso wie wir es auch früher bei der Vorwärts erlebt haben, dass das Geld von den Steuerzahlern kommt und es nicht eine Spielwiese sein soll, eine private, für so manche Vereinpräsidenten. Das ist mein Anliegen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Natürlicherweise haben wir auch Interesse daran, dass der Jugendförderung dementsprechende Bedeutung beigemessen wird. Damit haben wir aber auch eigene Sportförderungsrichtlinien wo die Jugend dementsprechend berücksichtigt wird. Also, das liegt uns schon am Herzen. Ich glaube aber schon zur Ehre der Amateure sagen zu können, dass sie über viele Jahrzehnte eine Bereicherung für den Steyrer Fußball gewesen sind. Wenn ich mich nur an das Spiel Vorwärts gegen Amateure erinnere, also das war schon ein Erlebnis. Es ist halt gerade so, dass im Fußballbereich momentan ein Tief vorhanden ist. Es ist äußerst schwierig, wenn man nicht einen Hauptsponsor hat sich in den oberen Klassen zu halten. Das ist aber nicht nur in Steyr so, sondern auch in Innsbruck, Graz, Wien, wenn wir uns erinnern, hat es diese Schwierigkeiten gegeben. In Steyr ist es halt auch der Fall, dass

die Förderungsgeber sich in Grenzen halten und dadurch ist es für die Vereine schwierig. Aber gerade in der Jugendarbeit bemühen sich alle Verein in einem hohen Ausmaß. Herr Fürweger, wenn aus der Jugend heraus Leute kommen, ist es für den Verein ja das Beste, wenn sie das umsetzen können. Also, hier wird schon sinnvoll umgegangen damit. Ich glaube, dass die Bemühungen alle vorhanden sind. Hier geht es darum, eine Infrastruktur herzustellen, damit es gerade für die Jugend noch ansprechender ist, wie das alte Kabinengebäude, weil das hat der heutigen Zeit nicht mehr entsprochen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter Herrn StR Roman Eichhübl um seine Berichte.

BE:STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ihnen heute insgesamt 6 Anträge des Verwaltungsausschusses zur Beschlussfassung vorzutragen und beginne mit dem ersten Antrag, der den OÖ Verkehrsverbund betrifft. Es geht darum, dass wir im Jahre 1996 vonseiten der Stadt und den Stadtwerken mit dem zuständigen Bundesministerium und dem Land Oberösterreich einen sogenannten Leistungsvertrag abgeschlossen haben. Dieser wurde dann durch eine Zusatzvereinbarung im August 2002 ergänzt. Nunmehr ist es aufgrund der Tatsache, dass es ein neues Personennah- und Regionalverkehrsgesetz gibt, notwendig einen neuen Vertrag abzuschließen und ich darf ihnen daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den Antrag des Verwaltungsausschusses vortragen.

Es ergeht der Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

17) Stw-7/03 OÖ. Verkehrsverbund - Auslaufen des Leistungsvertrages mit Zusatzvereinbarung; Neuabschluss eines Verkehrsdienstevertrages und Kooperationsvertrages mit der OÖ. Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 09. 01. 2003 werden die zwischen den Stadtwerken Steyr und der Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft ausgehandelten Verträge wie Kooperationsvertrag für den OÖ. Verkehrsverbund und Verkehrsdienstevertrag für Stadtverkehre im Rahmen des OÖ. Verkehrsverbundes genehmigt. Mit der Genehmigung wird die Direktion der Stadtwerke ermächtigt, die Verträge rechtswirksam zu unterfertigen. (Beilage)

Herr Bürgermeister, ich ersuche sie, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Punkt betrifft die städtische Wasserversorgung, konkret eine Änderung der Wassergebührenordnung, ganz korrekt ausgesprochen, eine Erhöhung. Ich darf nur darauf hinweisen, dass es im Bereiche der Wasserversorgung der Stadt Steyr zwei Bereiche in der Tarifstruktur gibt, nämlich einerseits die Wasserbezugsgebühr, die wird jährlich nach der vorgeschriebenen Kalkulation ermittelt, und das war so, dass für das Jahr 2003 Gott sei Dank keine Erhöhung notwendig war. Anders ist es bei der Wasserleitungsanschlussgebühr, die wird folgendermaßen jedes Jahr neu berechnet, und zwar aufgrund eines Erlasses der OÖ. Landesregierung ist der Verbraucherpreisindex als Erhöhung heranzuziehen. Daher darf ich ihnen folgenden Antrag vortragen:

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

18) Stw-9/03 Städt. Wasserwerk Wassergebührenordnung; Änderung zum 01. 04. 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 15. 01. 2003 wird der Wertanpassung der Wasserleitungsanschlussgebühren entsprechend dem in der Beilage übermittelten Verordnungsentwurf und der darin enthaltenen Gebührenhöhe zum 01. 04. 2003 zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Antrag betrifft - so wie einige weitere Anträge - das Gaswirtschaftsgesetz II und da darf ich mit folgenden Einleitungsworten beginnen: Das Gaswirtschaftsgesetz II, sowie das Gaswirtschaftsgesetz I, das wegen nicht praktikabler Lösungen wieder zurückgenommen werden musste, hat ja nicht nur eine eigens dafür ins Leben gerufene Firma, nämlich die Energie Control GmbH, beschäftigt - wir haben im Gemeinderat ja bereits darüber diskutiert, dass die ja der damalige und jetzige Minister Bartenstein ins Leben gerufen hat und auch nicht unerheblichen Kostenaufwand verursacht hat. Und nicht nur diese Firma wurde beschäftigt, weil sich die Koalition bezüglich der Liberalisierungsmaßnahmen herzustellen hatte, hat es natürlich auch die Stadtwerke im besonderen Maße betroffen. Ich darf ihnen vorweg - und das gilt wie gesagt auch für die weiteren Anträge - mitteilen, dass das natürlich eine entsprechende Veränderung im Bereiche der Gewinne vom Gaswerk ableitend bewirken wird. Es ist so, dass die Bundesbeschaffungsstelle bereits damit begonnen hat, für ihre Nutzung von Erdgas Angebote einzuholen - auch was jetzt die Stadt Steyr betrifft - und es gibt mehrere Anbieter. Zum einen ist das die Kellag aus Kärnten, zum anderen ist das die OÖ Ferngas selbst und auch die Rohrgas, wobei zu berücksichtigen ist, dass bei den angesprochenen Unternehmungen große ausländische Konzerne daran beteiligt sind und aufgrund der uns übermittelten Unterlagen eindeutig daraus hervorgeht, dass es natürlich so sein wird, dass größere Abnahmemengen günstiger zu haben sein werden, aber - und ich hoffe, dass sich diese Tendenz nicht fortsetzt - auch jetzt zu erkennen ist, dass kleinere und mittlere Abnehmer, so in der Größenordnung von Haushalten, aber auch von Hausbesitzern, eher dann mit zumindest nicht geringeren, sondern teilweise mit höheren Tarifen zu rechnen haben. Ähnliche Überlegungen hat ja bereits die Gasversorgung der Stadt Wien angestrebt. Wie gesagt, es ist keine erfreuliche Mitteilung, weil ja auch in weiterer Folge - nachdem wir einen Gasbetriebeverbund haben - durch die Verminderung der Gewinne und durch die Nichtausnutzung von steuerlichen Vorteilen, die Möglichkeit eines internen Zuschusses in Richtung Verkehrsbetrieb in diesem Ausmaß nicht mehr möglich sein wird. Das kann man bereits jetzt sagen, aber ich darf zum ursächlichen Antrag zurückkommen, meine Damen und Herren.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

19) Stw-10/03 Städt. Gaswerk - Erdgasliefervertrag; Neufassung mit Wirksamkeitsbeginn des Gaswirtschaftsgesetzes zum 01. 10. 2002

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 16. 01. 2003 wird dem Neuabschluss eines Erdgasliefervertrages mit dem Nachfolgeunternehmen der OÖ. Ferngas AG Erdgasindustrierversorgungs GmbH als Ersatz für den Altvertrag mit unbestimmter Laufzeit und frühester Kündigungsmöglichkeit zum 31. 12. 2008 zugestimmt.

Der mit der OÖ. Ferngas AG abzuschließende Systemnutzungsvertrag ist noch nicht endverhandelt und wird zu einem späteren Zeitpunkt den Beschlussgremien vorgelegt. (Beilage)

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Abstimmung bzw. die Diskussion durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wenn ich sie richtig verstanden habe, Herr Kollege Eichhübl, beschließen wir ja jetzt diesen neuen

Erdgasliefervertrag, der zwischen der Stadt Steyr und der Erdgasindustrierversorgungs GmbH abgeschlossen wird.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Normalerweise machen wir in der Debatte das, dass wir in einem Vertrag etwas Positives oder Negatives herausarbeiten, jede Fraktion ihre Stellung abgibt usw., was hineinreklamiert, findet das war gut oder das nicht; nur heute finde ich mich in dieser ganz eigenartigen Situation, dass eine öffentliche Gemeinderatssitzung ad absurdum geführt wird, weil in diesem Erdgasliefervertrag auf der Seite 10, Punkt 16) steht nämlich drinnen: „Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Inhalt dieses Vertrages und alle mit der Abwicklung dieses Vertrages erhaltenen Informationen streng vertraulich zu behandeln und keinem Dritten zugänglich zu machen.“ Das heißt, ich darf ja hier und heute zu diesem Vertrag ja gar nichts sagen. Nur wenn das wirklich so ist, hätten wir jetzt eigentlich beschließen müssen, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, weil entweder gilt dieser Punkt 16), dann darf vor der Öffentlichkeit nicht darüber debattiert werden, oder er gilt nicht, dann gehört er aber nicht in den Vertrag hinein. Ich würde sie nur bitten, das aufzuklären.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher bitte ich um Aufklärung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja gerne, das ist ja zu erwarten gewesen, dass sich die Frau Kollegin Frech bei einem meiner Anträge meldet. Sie waren - soweit ich mich erinnern kann - auch bei der Diskussion im Verwaltungsausschuss beteiligt und wir haben nicht zuletzt auch über dieses Thema gesprochen, also was vertragliche Bestimmungen und die Vertraulichkeit angeht, da wurde ausreichend diskutiert. Es wird auch in Zukunft so sein, dass z. B. diese Verhandlungen mit Einzelunternehmungen der Vertraulichkeit unterliegen, das ist halt einmal so.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Wilhelm Hauser

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich gehe jetzt gar nicht so genau in die Thematik hinein, Kollege Hauser, weil ich weiß, dass das, was der Gemeinderat heute beschließt, durchaus seine Richtigkeit hat. Ich möchte mich gar nicht weiter verbreitern, aber ich sage noch einmal, dass die Vertraulichkeit in besonderem Maße was die zukünftigen Verhandlungen mit Einzelunternehmungen sein wird, auch gewährleistet sein muss. Das sage ich hier in aller Deutlichkeit deswegen, weil es einfach am heutigen Markt so ist, dass man nicht unbedingt dem Unternehmen A die gleichen Konditionen geben kann oder muss wie dem Unternehmen B. Aber der Kollege Hauser hat den richtigen Hinweis gebracht, was den jetzigen Antrag betrifft, man müsste dann weiterlesen und dann, Frau Kollegin Frech, werden sie auch zu dem Schluss kommen, dass das durchaus gerechtfertigt und korrekt ist, was wir heute beschließen.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten die Abstimmung durchzuführen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber Antwort war das jetzt eigentlich nicht.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Darf ich einen kleinen Zwischenruf machen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Frau Kollegin Frech. Da steht ausdrücklich drinnen: „Soweit dies nicht zur ordnungsgemäßen Durchführung dieses Vertrages erforderlich ist.“ Wenn also die ordnungsgemäße Durchführung erst gemacht wird, wenn der Gemeinderat erst beschließt, dann gehört das zur ordnungsgemäßen Durchführung. Weiters steht dort: „Die Empfänger solcher Informationen sind ihrerseits zur Wahrung der Vertraulichkeit zu verpflichten.“ Also weiß ich nicht, was da dagegen spricht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Kollege Hauser, nur soweit ich mich erinnern kann, ist jeder Vertrag, der hier herinnen beschlossen wird, öffentlich.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Außerdem waren sie ja auch bei der Diskussion im Verwaltungsausschuss dabei, da hätten sie ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, darf ich bitten, ob es eine weitere Wortmeldung gibt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung, LIF.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich danke für die Abstimmung. Wir kommen zum Punkt 21), der betrifft ebenfalls, wie bereits angekündigt, das Gaswirtschaftsgesetz II und da geht es um die Abwicklung der Ausgleichszahlungen gem. § 23 c des Gaswirtschaftsgesetzes II mit der OÖ. Ferngas AG. Ich darf mich hier ebenfalls kurz fassen, nachdem das im Ausschuss auch entsprechend behandelt wurde und ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Unterlagen ja auch entsprechend zugegangen sind.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

21) Stw-13/03 Städt. Gaswerk; Gaswirtschaftsgesetz II, gültig ab 01. 10. 2002; Vertrag über die Festlegung und Abwicklung der Ausgleichszahlungen gem. § 23 c des Gaswirtschaftsgesetzes II mit der OÖ. Ferngas AG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 31. 01. 2003 wird dem Abschluss eines Vertrages mit der OÖ. Ferngas AG, in dem die Netznutzungszahlungen für die vorgelagerten Netze 1 und 2 sowie die Kosten für den Regelzonenführer geregelt sind, für das Vertragsjahr 01. 10. 2002 bis 31. 10. 2003 zugestimmt.

Da es sich bei diesem Vertrag um ein Vertragsverhältnis handelt, das zwischen den Stadtwerken Steyr und der OÖ. Ferngas AG abgeschlossen wird, wird gleichzeitig um die Ermächtigung gebeten, dass dieser Vertrag von den gemäß Firmenbuch festgelegten Unterzeichnungsberechtigten unterzeichnet werden darf. (Beilage)

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. Abstimmung zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung - LIF, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich bin gerade darauf aufmerksam gemacht worden, dass hier ein Missverständnis passiert ist. Es tut mir Leid, ich will nicht unbedingt der Frau Kollegin Frech die Schuld zuschieben, aber sie hat meine Unterlagen ein bisschen durcheinander gebracht. Ich nehme an, nicht absichtlich, daher ist es mir passiert und ich nehme die Schuld natürlich auf mich, dass ich einen Punkt vorgezogen habe. Das war der Punkt 21), ich bitte sie, das so zur Kenntnis zu nehmen und zu entschuldigen. Ich darf auf den Punkt 20) zurückkommen, wenn sie damit einverstanden sind.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Kollegin Frech, jetzt haben sie wieder einmal nicht aufgepasst.

Spaß beiseite, der Punkt 20), meine sehr geehrten Damen und Herren, betrifft auch das

Gaswirtschaftsgesetz II. Ich habe ja bereits eingangs angekündigt, dass es eine Reihe von Anträgen geben wird.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

20) Stw-11/03 Städt. Gaswerk - Gaswirtschaftsgesetz II, gültig ab 1. 10. 2002; Vertrag des Netzbetreibers Stadtwerke mit Bilanzgruppenkoordinator AGCS Gas Clearing and Settlement AG, Wien

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 16. 01. 2003 wird dem Abschluss eines Netzbetreibervertrages mit der Fa. AGCS Gas Clearing an Settlement AG, Wien, entsprechend dem Gaswirtschaftsgesetz II, § 33 b, zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung - LIF. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nun komme ich zum letzten Antrag, der betrifft das Stadtbad Steyr. Es geht um eine Preisanhebung, aber nicht um eine lineare. Es wird im Amtsbericht darauf hingewiesen, was die Begründungen sind. Einerseits die weiteren Instandsetzungsmaßnahmen und die inflationsbedingten Kosten, die um etwa 1,8 % ansteigen. Wir haben nach ausreichender Diskussion im Verwaltungsausschuss beschlossen, dass wir diesem Antrag vonseiten der Geschäftsführung die Zustimmung geben werden, mit Ausnahme eines Punktes. Das war der Punkt 2 c), der nicht zum Tragen kommt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte aber doch die Gelegenheit nützen und darauf hinweisen, dass wir auch vom Hochwasser entsprechend betroffen waren. Ich sage deshalb „waren“, weil größtenteils bereits Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Es ist so, dass das städt. Freibad Gott sei Dank auch aufgrund dieser Hochwasserschädigung rechtzeitig und termingemäß Mitte Mai wieder aufmachen kann. Zurzeit ist es so, dass die Zaun- und Wegereparatur durchgeführt werden wird. Natürlich wurden auch die technischen Einrichtungen bereits größtenteils instandgesetzt und vor einigen Tagen war die Bäderkommission des Landes Oberösterreich da und hat die künftigen weiteren Instandsetzungsmaßnahmen von uns übermittelt bekommen. Teilweise hat sich aufgrund einer Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss auch bereits das Architektenbüro entsprechend beschäftigt. Es wird also so sein, dass vor Saisonbeginn zwar nicht die große Sanierungsmaßnahme, die wir vorgehabt haben, nämlich der Abriss des letzten Gebäudes, die Verlagerung von technischen Einrichtungen wie der Solaranlage, stattfinden wird, sondern um eben rechtzeitig zu Saisonbeginn zu öffnen, eher eine kleinere Variante, die Sanierung der Hochwasserschäden und die Instandsetzung des Zaunes. Das wollte ich ihnen noch mitteilen, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun darf ich ihnen aber den Antrag vortragen.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

22) Stw-110/02 Stadtbad Steyr - Preisanpassung Freibad per 01. 05. 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 10. 12. 2002 über die Preisanpassung für das Freibad mit Wirksamkeitsbeginn 01. 05. 2003 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich finde, man sollte Fehler wenn möglich nur einmal machen, man sollte sie nicht wiederholen. Ich kann mich gut

erinnern, wie wir - durchaus auch gegen meine Warnungen - beschlossen haben, dass wir im Bereich der Kunsteisbahn die Tarife für die Schulklassen erhöht haben. Was dazu geführt hat, dass Schulen artikuliert haben, dass es für sie in Zukunft weniger möglich ist - gerade mit sozial schwächeren Schülern - Eislaufen zu gehen, weil nicht nur der Eintritt zur Kunsteisbahn eine Rolle spielt, sondern auch die Garderobengebühr, der Bus usw. Wir haben es trotzdem gemacht, die Folge war die, dass manche Schulen einfach weniger Eislaufen gegangen sind, zumindest haben sie dieses gesagt. Jetzt haben wir diesen Antrag zur Preiserhöhung Freibad hier vorliegen und es ist schon interessant, dass wir im Prinzip die Tarife kaum anpassen, zum Teil gar nicht, aber am höchsten erhöhen im Bereich der Schulklassen. Bei den Schulklassen eben um diese 11,11 %, wir gehen von 90 Cent auf 1 Euro hinauf. Da kann man sagen, na gut, 10 Cent das ist nicht viel, aber es kommt eben auch wieder dazu, dass man mit dem Bus hinfahren muss, man muss wieder wegfahren, der Bus kostet 1,40 Euro hin und zurück und ich schaffe damit keine Motivation für Lehrer, das Freibad verstärkt zu nutzen. Gerade für sozial schwächere Schüler ist das ein Argument und da spielen auch die 10 Cent bereits eine Rolle. Noch dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, machen die Stadtwerke inzwischen etwas - netterweise worum ich sie gebeten habe - sie schreiben immer die Auswirkungen bei den Tariferhöhungen dazu, das heißt, wie wirkt sich das einnahmenseitig aus. Bei dieser Maßnahme geht man davon aus, dass in dieser Freibadsaison dadurch heiße Mehreinnahmen von 120,-- Euro entstehen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Also, sollen wir es doch noch teurer machen, Frau Kollegin Frech?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, Herr Kollege Eichhübl, sie haben das jetzt nicht verstanden, oder bewusst nicht verstehen wollen.

Die 120,-- Euro bringen uns nicht wirklich etwas an Erhöhung der Kostendeckung. Sie führen aber dazu, dass es Schulklassen geben wird, die wiederum nicht in das Freibad gehen und im Endeffekt wird es wahrscheinlich dazu führen, dass wir im Prinzip eine Wirkung von 0 haben, indem einfach weniger gehen werden. Ich bin auch schon von Schulen auf diese Maßnahmen angesprochen worden und ich werde deshalb hier nicht mitgehen können. Ich würde sie bitten, bei diesem Abänderungsantrag, den ich ihnen jetzt zur Verlesung bringe, mitzustimmen.

Abänderungsantrag zum Antrag Stw-110/02

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 10. 12. 2002 über die Preisanpassung für das Freibad mit Wirksamkeitsbeginn 01. 05. 2003 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt.

Der vorliegende Vorschlag Stadtbad Steyr - Preisliste Freibad - Saison 2003 wird allerdings dahingehend abgeändert, dass der unter Punkt 8 a stehende Tarif für Schulklassen nicht erhöht wird.

Wie gesagt, das hat auch eine symbolische Wirkung nach außen. Wir erhöhen gerade für den Bereich die Tarife, wo wir möchten, dass die Jugend Sport betreibt, lassen es bei anderen aber gleich und das kann nicht sein. Die 120,-- Euro, Herr Kollege Eichhübl, die kann ich ihnen gerne geben, da brauchen sie sich keine Sorgen machen, die Kostendeckung für die Stadtwerke ist dann gleich.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn sie damit auf die Erhöhung verzichten können, bitte sehr.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das müssen sie sich überlegen, allerdings nur, wenn tatsächlich dieser Punkt a) gestrichen wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Presse. Es ist offensichtlich nichts heilig für eine populistische Aktion und Wahlkampf haben wir ja natürlich auch. Grundsätzlich geht es darum, dass ich natürlich auf der einen Seite das Argument dort und da durchaus verstehe, nur für mich ist es schon immer wieder verwunderlich, dass da 120,-- Euro keine Rolle spielen. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wenn es eh nicht wichtig ist, dass wir kostendeckend arbeiten, dann hören wir doch auf, die Preise zu erhöhen, dann machen wir es einfach nicht. Es kann doch nicht immer nur so sein, dass man bei dem einen kostendeckend arbeiten muss, aber dort, wo es vielleicht genau eine Interessensgruppe gibt, die ich vertrete, dort brauchen wir es nicht. Man richtet es sich gerade so, wie man es gerne hätte, einmal brauchen wir es, einmal nicht, einmal muss man wirtschaftlich denken, das nächste Mal nicht. Das geht halt nicht immer so, dass man es sich so richtet, wie man es gerne hätte. Ich denke mir, genau das selbe Interesse könnten Vereine haben, dass sie sagen, wir wollen diese 11,11 % Erhöhung nicht, das selbe Interesse kann aber auch derjenige haben, der als Erwachsener ins Bad geht und sagt, warum muss ich jetzt mehr zahlen und die anderen nicht. Es ist halt so, dass wir uns letztlich darauf geeinigt haben, damit die Erhöhungen sozusagen nicht immer so hoch sind, wie wir es früher ja schon gehabt haben, dass man also jahrelang nichts getan hat, dass man diese Preisanpassungen moderat und verträglich durchführt. Ich denke mir, wenn ich auf der anderen Seite schaue, was ein Schüler für 1,-- Euro sonst wo bekommt, dann denke ich mir, trägt das zur körperlichen Ertüchtigung bei und auf der anderen Seite bin ich mir nicht immer so sicher, ob es nicht andere „Anhalte“ gibt, warum man mit den Schülern dort oder da nicht hingehet, denn es bedeutet auch, dass man sich ein bisschen um die Dinge annehmen muss. Ich will da jetzt niemanden etwas unterstellen, weil ich glaube, dass es auch hier unterschiedliche Intentionen dazu gibt. Ich glaube, dass diese Erhöhung durchaus verträglich und moderat ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Der Kollege Hauser hat mir ja einiges vorweg genommen, aber ich möchte mich noch einmal direkt an die Frau Kollegin Frech wenden, da ich heute ja keine weitere Gelegenheit mehr habe. Frau Kollegin Frech, Hand auf's Herz, hat damals glaube ich der Holub Karli gesagt.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Kollege Mayrhofer wird mir das bestätigen können, das war so der berühmte Griff an's Herz, das mache ich auch heute. Frau Kollegin Frech, sie können es mir abnehmen, dass ich als Referent der Stadtwerke keine besondere Freude mit Tarifierhebungen habe, das können sie mir wirklich glauben, aber wenn sie jetzt das zum Anlass nehmen, dass sie hergehen und eine Tarifierhebung bekritteln, die in kleinen Schritten durchgeführt wird, und die ja auch vom Gemeinderat gewünscht wird - dass eine schrittweise Anhebung, wenn es notwendig ist, durchaus gerechtfertigt ist und wir bekennen uns auch dazu und da steht auch meine ganze Fraktion dahinter und ich kann ihnen mit Sicherheit sagen, dass wir in Bezug auf die Eintrittspreise und die Leistungen, die wir vonseiten der Stadtwerke und der Stadt bieten, durchaus mit anderen Städten gleichhalten können. Ich nehme ihnen das einfach nicht ab, dass jetzt wegen dieser Erhöhung, wegen dieser 10 Cent, weniger Schüler kommen werden und das Anlass sein könnte, das Bad nicht mehr in entsprechendem Ausmaß wie bisher zu nützen. In Wahrheit, Frau Kollegin Frech, haben sie ja wirklich eines gemacht; sie haben nämlich jetzt klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, - und das unterstelle ich ihnen jetzt - dass sie in Wahrheit eine größere Preiserhöhung haben wollten, weil sie die 120,-- Euro, die wir jetzt dadurch lukrieren, so ins Lächerliche gezogen haben. Ich darf schon um Verständnis ersuchen, dass es wohl auch Aufgabe der Geschäftsführung ist, auch in kleinen Bereichen und in kleinen Schritten zu einer Verbesserung der Gesamtsituation zu führen, denn das trifft schlussendlich auch wiederum in irgendeiner Art und Weise das Stadtbudget, oder aber auch aufgrund der Verlustabdeckung andere Betriebe. Da darf ich schon bitten, Frau Kollegin Frech, dass sie das nicht zum Anlass nehmen und hier herausgehen und das Ganze hier mehr oder weniger in Frage stellen. Der Kollege Kupfer hat ja richtig gesagt, Fasching ist vorbei und so möchte ich ihre Wortmeldung auch klassifizieren. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag von der Frau GR Frech ab, wo sie ja wünscht, dass der unter Punkt 8 a) stehende Tarif für Schulklassen nicht

erhöht wird. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 7 (ÖVP und LIF). Wer ist gegen diesen Antrag? 29 (SPÖ, FPÖ und GAL). Stimmenthaltungen? Keine, der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum eigentlichen Antrag vom Herrn Eichhübl, über die Preisanpassung Freibad. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 29 (FPÖ, SPÖ und GAL). Wer ist gegen diesen Antrag? 1 (LIF). Stimmenthaltungen? 6 (ÖVP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte Herrn StR Gunter Mayrhofer um seine Berichterstattung.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf zum ersten meiner Punkte kommen, Jahressubvention 2003 für den Tourismusverband.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

23) Fin-276/02 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 12. November 2002 wird dem Tourismusverband Steyr eine einmalige, nicht rückzahlbare außerordentliche Subvention in Höhe von EUR 159.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 159.000,-- (in Worten Euro einhundertneunundfünfzigtausend) bei der VASSt. 1/771000/757000 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um die Schönauer- und Vorlandbrücke, und zwar um die Randbalkenerneuerung, das ist praktisch der Gehsteigbereich.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

24) BauBrü-2/01 Schönauer- und Vorlandbrücke; Randbalkenerneuerung 1. Teil; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 26. 02. 2003 wird der Vergabe der Bauleistungen zur Randbalkenerneuerung der Vorlandbrücke und Auswechslung der Fahrbahnübergangskonstruktion Vorlandbrücke - Neutor im Ausmaß von EUR 305.215,15 an die Fa. Auinger KG, Stift Ardagger, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 305.250,-- werden bei vorgesehenen VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen, Straßenbau Brückenerhaltung“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt EUR 253.400,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Abwasserbeseitigung im Bereich Kanalisation Ennsleite.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

25) BauT-10/02 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr 2002; Kanalisation Ennsleite Steilstrecke NK Glöckelstraße; Vergabe Schutzzaun - Steinschlagverbauung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. 02. 2003 werden die Leistungen zur Herstellung des Schutzzaunes (Steilstrecke Ennsleite NK Glöckelstraße) an die Firma Koller, Ufer 11, 4360 Grein, zum Preis von EUR 15.815,80 exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 15.815,80 exkl. MWSt. werden mittels Kreditübertragung von der VSt. 5/851000/004390 (Kanal Ennsdorf) auf VSt. 5/851000/004380 (Kanalisation Ennsleite) bereitgestellt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um die Ortsbildpflege, um die Maßnahmen für das Jahr 2003 für die Bereiche Innere Stadt, Ennsdorf, Steyrdorf und Wehrgrabengebiet. Hier geht es ausschließlich um weitere Teilzahlungen. Wir haben keinen einzigen Punkt in der Aufstellung drinnen, der eine Neuvergabe ist. Wir müssen jene Vorhaben der vergangenen Jahre ausfinanzieren und sind damit auch noch nicht fertig.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

26) K-1/03 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2003 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 03. März 2003 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“
„Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Kapitaltransferzahlungen an private Haushalte - Maßnahmen der Altstadterhaltung bei der VA-Stelle 5/363000/778000 200.000,-- EURO

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es ebenfalls um Altstadterhaltung, Denkmalschutz und zwar für die kirchlichen Ensembles in Steyr. Hier ist - wie auch bisher vorgegangen - eine Fünftellösung, das heißt ein Fünftel der Kosten betreffen die Stadt Steyr. Es betrifft sowohl den Renaissancefriedhof, das heißt dieser alte Teil des Friedhofes und die Schmiedeeisengitter im Bereich Marienkirche. Für die Marienkirche Euro 1.700,--, für den Renaissancefriedhof Euro 26.200,--, insgesamt also Euro 27.900,-

-.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) BauH-24/00 Kirchliche Ensembles in Steyr; Renaissancefriedhof Steyr, Gesamtanierung 4. Rate, KapellenVorplatz Marienkirche, Schmiedeeisengitter

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 21. 03. 2003, wird einer Förderung in Höhe von insgesamt 27.900,-- Euro für die Sanierungsmaßnahmen an kirchlichen Ensembles in Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird für „Kirchliche Ensembles in Steyr“ bei der VA-Stelle 5/363000/7771000 ein Betrag in Höhe von 27.900,-- Euro freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und ersuche nun den Herrn StR Ing. Dietmar Spanring um seine Berichterstattung.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Jahressubvention 2003 für das Museum Industrielle Arbeitswelt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

28) Fin-182/02 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 10. Februar 2003 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Gabriele Heger, für 2003 eine Jahresförderung in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von € 109.100,-- (EURO einhundertneuntausendeinhundert) gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2003 auf der VA-Stelle 1/360000/757000 - Heimathaus Steyr, Subvention Museum Arbeitswelt - vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Um was geht es eigentlich, man versteht kein Wort!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er ist schon fertig.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Man hat kein Wort verstanden!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Darum habt ihr ihn eh alle da zum Lesen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Diskussion verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ruhe bitte!

Ordnungsruf

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um eine Förderung für ein angekauftes Schlagzeug für den Musikverein Gleink.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

29) Fin-260/02 Musikverein Gleink; - Förderung für angekauftes Schlagzeug

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 31. Jänner 2003 wird dem Musikverein Gleink, vertreten durch den Obmann Hubert Auer, 4407 Steyr-Gleink, Steinwändweg 72, für das bereits im April 2002 angekaufte neue Schlagzeug eine Subvention in der Höhe von €2.300,-- (EURO zweitausenddreihundert) zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA-Stelle 1/322000/757000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten - lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. - Sonstige Subventionen) auf die VA-Stelle 1/322000/757000 (Maßnahmen der Musikpflege - Sonstige Subventionen) bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um die jährliche Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

30) Fin-26/03 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 24. 01. 2003 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2003 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt Euro 30.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von Euro 30.000,-- (dreißigtausend) bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

Ich ersuche, die entsprechenden Mittel freizugeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Beim nächsten Punkt geht es um die Jahressubvention 2003 für den Kulturverein Röda.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

31) Fin-7/03 Kulturverein Röd@ - Jahressubvention 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 28. Februar 2003 wird dem

Kulturverein Röd@, vertreten durch den Obmann Bruno Feigl, 4400 Steyr, Gaswerksgasse 2, eine Förderung für das Jahr 2003 in der Höhe von € 40.000,-- (EURO vierzigtausend) gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten - lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. - Röd@) und wird aus dieser freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Jahressubvention 2003 für das Kulturzentrum AKKU Steyr.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

32) Fin-62/03 Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 28. Februar 2003 wird dem Kulturzentrum AKKU Steyr, vertreten durch den Obmann Prof. Helmut Schönleitner, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Förderung für das Jahr 2003 in der Höhe von € 30.000,-- (EURO dreißigtausend) gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten - lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. - AKKU) und wird aus dieser freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der Grünen.

Dringlicher Antrag der Fraktion

„Die Grünen Steyr“

gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Senkung des Wahlalters bei den Gemeinderats- und Landtagswahlen auf 16 Jahre

Resolution an die OÖ. Landesregierung und OÖ. Landtag

In den meisten deutschen Bundesländern, im Burgenland, in der Steyrmarch, in Kärnten (erst vor einigen Wochen) und bei den nächsten Wahlen in Wien dürfen Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr wählen. Bei allen Wahlgängen, an denen Jugendliche ab 16 teilnehmen durften, war das Interesse überdurchschnittlich hoch. Die erste flächendeckende Wahl, bei der 16- und 17-Jährige in Österreich wahlberechtigt waren, fand im Herbst 2002 im Burgenland statt. Bei dieser Wahl bestätigte sich das große politische Interesse der Jugend. Durchschnittlich gingen 85 Prozent zur Wahl, in einzelnen Gemeinden bis zu 97 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag im Schnitt höher als bei den älteren Wähler/innen. Diese Erfahrungen wurden auch bei einzelnen Nachwahlen in der Steiermark gemacht.

Die Mitbestimmung von Jugendlichen ist ein demokratisches Grundrecht. Jugendliche übernehmen gesellschaftliche Verantwortung, arbeiten und wirken an der Gestaltung der Zukunft in vielen Bereichen mit. Junge Menschen müssen oft mit 16 schon wichtige Entscheidungen über ihren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg treffen oder stehen bereits im Beruf und zahlen Steuern. Mit der Herabsetzung des Wahlalters sollen sie nun auch die Möglichkeit bekommen, in der Politik mit zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen.

Aus diesem Grund stellen die Grünen folgenden Antrag:

Resolution an die OÖ. Landesregierung und OÖ. Landtag

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ersucht die oberösterreichische Landesregierung und den oberösterreichischen Landtag, das aktive Wahlalter bei Gemeinderats- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. Damit soll die Mitbestimmung der Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen verbessert werden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich nehme mal an, dass ich, als Einbringer dieses Antrages, diesen jetzt auch begründen muss. Das Wichtigste habe ich ja bereits am Beginn der Sitzung gesagt, warum wir glauben, dass die Dringlichkeit gerade jetzt gegeben ist. Es gibt mittlerweile die ersten Ergebnisse von Wahlgängen in Österreich. Es gibt einige Bundesländer, einige Städte, wo 16-Jährige, 17-Jährige und 18-Jährige wählen durften und die letzten Wahlen, die durchgeführt worden sind, waren in Kärnten und in Graz. Die Ergebnisse von der Teilnahme der Jugendlichen waren äußerst positiv, zu den Zahlen kommen wir später. Warum es uns heute auch so dringlich ist, ist dass es derzeit eine intensive Diskussion ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Hans Payrleithner

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Herr Kollege Payrleithner, das glaube ich schon, dass vielleicht Jugendliche nicht so sehr die FPÖ wählen, das mag sein, aber um das geht es nicht. Es geht darum, dass Jugendliche wählen dürfen, wenn sie auch Verantwortung übernehmen. Gerade in den letzten Wochen hat auch der OÖ Landtag bzw. ein Unterausschuss darüber diskutiert und es wurde beschlossen, dass eine Expertise aus dem Burgenland ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... abgewartet wird und dass die Ergebnisse aus den anderen Wahlgängen, die ich erwähnt habe, abgewartet werden. Nun ist es so, dass in Graz die Wahlbeteiligung insgesamt 65 % war, aber nicht bei den Jugendlichen, sondern insgesamt, die Jugendlichen haben mit 75 % teilgenommen. Im Burgenland waren es 85 % und in Kärnten waren es beinahe 70 %. Das heißt, die Jugendlichen sind interessiert, sie nehmen an diesen demokratischen Abstimmungen teil. Speziell in Oberösterreich, ich sage auch speziell in unserer Stadt, wo man in den letzten Wochen und Monaten bei vielen politischen Entscheidungen auch ein gesteigertes Interesse der Jugendlichen bemerken kann. Ich verweise nur auf die Demonstration, die von Schülern organisiert und durchgeführt worden ist, und an der auch über 800 Personen in dieser Stadt teilgenommen haben. Das zeigt, die Jugendlichen sind an politischen Themen interessiert und sie wollen auch partizipieren.

Aus diesem Grund nehmen wir noch einmal einen Anlauf und wollen den OÖ Landtag und die Landesregierung ersuchen, sich dieser Thematik noch einmal anzunehmen, um den Jugendlichen am 28. September bereits die Möglichkeit zu geben, an den Wahlen teilzunehmen.

Ich würde sie bitten, unserem Antrag zu folgen und diese Resolution an den Landtag weiterzuleiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung?

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Ich möchte einfach auch zur Senkung des Wahlalters kurz Stellung nehmen. Ich persönlich kann den Dringlichkeitsantrag von der Grünen Fraktion nur begrüßen, weil ich einfach glaube, dass junge Leute, die sich eigentlich schon viel früher entscheiden müssen, welchen beruflichen Weg sie gehen, da eine Verantwortung übernehmen müssen, mit Sicherheit auch bereit sind, politisch Verantwortung zu übernehmen. Politisch das zu tun, indem sie das Wahlrecht, das Grundrecht der Demokratie, ausüben dürfen. Wählen mit 16 ist meiner Meinung nach längst überfällig, die Daten und Fakten hat der Kollege Kupfer schon erwähnt. Wenn man sich das Burgenland anschaut, wo 85 % der Jugendlichen bereit waren, an der Wahl teilzunehmen und das auch wirklich ernst genommen haben, viel ernster nehmen als ältere, für die es so selbstverständlich ist, dass sie wählen gehen dürfen, ich glaube, da bringt man es auf einen Punkt, für die ist es noch etwas besonderes. Bei uns, im Bereich der 30-Jährigen

und älteren, ist es leider so, dass es nicht die Wertschätzung erhält, die sie haben sollte, dass man in einer Demokratie das Wahlrecht hat. Wir wissen, dass gibt es in vielen Ländern nicht, es gibt immer noch Diktaturen usw., aber das soll jetzt nicht das Thema von uns sein, aber ich glaube einfach, wir sollten so einen Antrag eigentlich nur unterstützen und meine persönliche Unterstützung hat er. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Man kann natürlich diskutieren, ob das Wahlalter für Gemeinderatswahlen gesenkt werden soll oder nicht, da kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein. Nur das eine, was mir überhaupt nicht gefällt, teilweise seit Monaten und teilweise auch seit Jahren, sind die Wahlgänge mit Terminen bekannt. Wir haben eine Periode, die dauert 6 Jahre und dann kommt man ein paar Monate vor der Wahl darauf, dass man hier jetzt plötzlich mit einem Dringlichkeitsantrag, im Gemeinderat quer herein - mit Unterstützung der SPÖ - populistisch das Wahlalter senkt. Also wenn das nicht auf tiefstem populistischem Niveau ist, ich habe mir da wirklich mehr von ihnen erwartet. Man kann natürlich der Meinung sein, aber ich lasse mich im Gemeinderat nicht vorführen, Herr Kupfer, das lasse ich nicht zu. Wenn sie das ernst genommen hätten, dann hätten sie zumindest 14 Tage vorher einen ordentlichen Antrag eingebracht und hätten mit den anderen geredet, oder hätten es zuerst einmal in einem Ausschuss, wo es hingehört, vorbereitet. Ich werde mich dazu nicht äußern, ich werde mich nicht outen. Oder noch besser wäre es, wenn ich sagen würde, ich bin für die 14-Jährigen. Das wäre lässig. Also, wir können uns schon hinauf- oder hinunter lizitieren, ab dafür ist der Gemeinderat wirklich nicht die richtige Stube dazu, das gehört im Ausschuss normal vorbereitet.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Bei dieser Resolution steht: „Das aktive Wahlalter bei Gemeinderats- und Landtagswahlen.“ Soweit ich mich erinnern kann, haben wir jetzt ja auch die Direktwahl des Bürgermeisters. Das heißt, ich nehme an, dass man die Bürgermeisterwahl da auch hineinnehmen sollte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das gehört eh dazu.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, gehört sie nicht, das ist eine eigene Wahlordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das wollen sie ja nicht!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich würde sie bitten, das abzuändern und die Bürgermeisterwahl hineinzunehmen, weil es sind drei verschiedene Wahlgänge und sonst wäre die Bürgermeisterwahl herausgenommen und ich nehme nicht an, dass das in ihrem Sinne ist. Herr Kollege Oppl, sie geben mir wohl Recht. Das hätte man natürlich vermeiden können, dass das untergeht, wenn man es vorher tatsächlich in einem Ausschuss behandelt und durch bespricht, weil da kommt man auf solche Dinge drauf. Das andere ist, ich möchte gerne einen Abänderungsantrag dazu einbringen.

Zwischenruf: Ab 12 !

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, nicht ab 12.

Es ist ja durchaus verständlich, wenn man sagt, man hat jetzt mit der Wahlbeteiligung der Jugendlichen gute Erfahrungen gemacht, also lassen wir sie bereits ab 16 Jahren wählen, nur frage ich mich, warum dürfen sie dann nicht bereits mit 16 Jahren gewählt werden. Wenn ich mir den Gemeinderat so anschau, dann denke ich mir, eigentlich würde uns eine

Blutaufrischung sicherlich gut tun, weil außer dem noch sehr jungen Kollegen Fröhlich - und auch der ist keine 18 mehr - ist hier an Jugendlichen eigentlich nichts vertreten.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bin nicht mehr jugendlich, nein, ich bin jenseits der 30 und da ist man nicht mehr jugendlich.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

So schauen sie aber wirklich nicht aus!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist aber wieder sehr charmant, Herr Kollege, aber da herinnen ist man ja sogar noch jugendlich, wenn man schon auf die 40 zugeht.

Deshalb möchte ich gerne diesen Antrag, diese Resolution abändern und zwar diesbezüglich, dass der Gemeinderat der Stadt Steyr die OÖ. Landesregierung und den OÖ. Landtag ersucht, das aktive und passive Wahlalter bei Gemeinderats-, Bürgermeister- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken, weil es ist für mich nicht einsehbar, warum ein 16-Jähriger zwar wählen darf, aber nicht gewählt werden darf und keine Verantwortung in einem Gemeinderat übernehmen darf.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das würde mich interessieren, gibt es eine rechtliche Beschränkung, dass man das nicht ändern kann?

PRÄSIDIARDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Die volle Handlungsfähigkeit jugendlicher Personen ist mit Erreichung der Volljährigkeit gegeben.

Zwischen 14 und 18 ist man zwar ein mündiger Minderjähriger, aber erst ab 18 ist man nicht mehr minderjährig und daher kann man auch erst mit 18 voll verantwortlich gemacht werden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Gut, dann ziehe ich ihn wieder zurück und würde sie bitten, wenigstens die Bürgermeisterwahlen hineinzunehmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau GR Durchschlag bitte.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich will jetzt gar nicht auf die Dringlichkeit eingehen, ich möchte es auch gar nicht auf eine politische Ebene heben. Die ÖVP könnte sagen, wir haben bei der letzten Wahl die meisten Erstwähler gehabt, also wir könnten eigentlich sagen, nicht schlecht. Ich möchte nur von einer Divergenz in einer Wahrnehmung berichten. Wenn ich das jetzt so durchlese, dann muss ich sagen, okay, es erscheint mir sehr logisch, in sich schlüssig, wobei ich mir nicht ganz sicher bin, ob diese 85 % z. B. genau die 85 % der 16 bis 17-Jährigen sind. Ist das so?

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Also nicht insgesamt der Jugendlichen, sondern dieser 16 bis 17-Jährigen, okay.

Also, ich habe 2 Kinder, die sind 16 und 18 Jahre alt und das Thema ist ja nicht neu, das wird ja schon länger diskutiert und ich habe mit meinen Kindern sehr viel darüber diskutiert, weil es mich einfach interessiert hat. Ich habe einfach festgestellt, die Größere ist jetzt 18, jetzt freut sie sich auf das Wählen. Das ist jetzt keine Einzelmeinung, ich habe nicht nur mit ihr geredet, aber vor 2 Jahren war sie noch in einer Phase, wo sie gesagt hat, ich traue mir das eigentlich nicht, ich weiß darüber zuwenig. Wir sind aber ein durchaus politischer Haushalt, also es ist nicht so, dass bei uns Politik kein Thema ist, im Gegenteil, wir besprechen sehr viele Themen. Ich habe nicht nur mit ihr gesprochen, sondern auch mit sehr vielen Freunden und Kollegen und das war eigentlich durchaus der Tenor. Ich glaube nicht, dass Steyrer Schüler, das waren AHS-Schüler, so viel anders sind, aber das ist die

Wahrnehmung, die ich habe.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist subjektiv!

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Ja, aber ich sage ihnen trotzdem, ich glaube nicht, dass diese Schüler so wahnsinnig viel anders sind. Darum kann ich nicht mit gutem Gewissen ja oder nein sagen, dazu habe ich auch zu wenig Hintergrundinformationen, ich werde mich da einfach der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke, Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube, wenn man schon über dieses Thema diskutiert, dann sollte man es nicht nach den Gesichtspunkten machen, wie es der Herr Kupfer gemacht hat, ob jetzt die Jugendlichen die FPÖ mehr wählen, oder doch mehr die ÖVP, wie es die Frau GR Durchschlag hat durchblicken lassen und in Wirklichkeit glaubt dann der Herr Kupfer, dass eh dann alle die Grünen wählen und darum müssen wir uns auf dieses Thema draufsetzen. Ich weiß auch nicht, wo er diese statistischen Zahlen her hat, ich kenne diese eigentlich nicht, obwohl ich mich auch mit dem Thema beschäftige, ich weiß nicht, wo du die gelesen hast. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Politik nicht unbedingt ein Thema ist, das die Jugendlichen hinreißen interessiert. Ich bin eher der Meinung, dass sich der Gemeinderat und andere Gremien, politisch zusammengesetzte Gremien, vielleicht eher über die Jugendarbeitslosigkeit Gedanken machen sollten, wie wir die mehr in den Griff bekommen, wie man Zukunftsperspektiven schafft, wie man vielleicht der Jugendverwahrlosung mehr entgegentritt. Wenn man sich am Wochenende am Abend in der Stadt aufhält, was sich da in den letzten Jahren in zunehmendem Maße abspielt usw., ich glaube, dass das eher Dinge sind, die uns interessieren sollten, als jetzt den Jugendlichen etwas aufs Auge zu drücken, was sie nicht wirklich selber haben wollen, sondern was uns der Herr Kupfer eher einreden möchte, weil sich das vielleicht irgendwelche Jugendfunktionäre einbilden, aus welchen Gründen auch immer. Ich glaube, dass die Politik eher aufgefordert ist, hier Prioritäten zu setzen und ich bin nicht der Meinung, dass das unbedingt die Senkung des Wahlalters sein soll. Daher werde ich diesem Antrag sicher nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Oppl bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertes Präsidium. Vorweg möchte ich mich bei der Frau Kollegin Durchschlag für ihre sachliche Wortmeldung bedanken, weil sie das meines Erachtens nach wieder einmal auf den Punkt gebracht und das wieder auf die eigentliche Thematik zurückgebracht hat, weil ich persönlich schon der Meinung bin, dass das kein Thema ist, wo man Wortmeldungen oder Zwischenrufe über diesen Gemeinderat herein lässt, dass man das Wahlalter vielleicht auf 14 Jahre senkt. Für mich persönlich ist diese Thematik einfach viel zu ernst und ich nehme auch die Jugendlichen mit ihrer Meinung viel zu ernst, um darüber solche Aussagen zu treffen. Ich glaube, wir müssen uns einmal grundsätzlich überlegen, dass sich die Gesellschaft im Laufe der Jahre - und ich persönlich bin überzeugt davon - sehr wohl verändert hat. Man merkt das ja auch an der Senkung der Volljährigkeit, gegenüber von früher und daher bin ich auch der Meinung, dass es zu unterstützen ist, dass wir das Wahlalter auf 16 Jahre senken. Ich persönlich bin sogar der Auffassung, dass es diskussionswürdig ist, warum man nicht nur über die Wahlaltersenkung auf kommunaler und landespolitischer Ebene reden sollte, wobei es ja momentan in der Praxis ja so ist, dass es eh nur auf kommunaler Ebene durchgeführt wird, sondern wir sollten darüber diskutieren, warum das nicht auch auf Bundesebene sein sollte. Wenn man der Auffassung ist, dass man den Jugendlichen, oder 16 und 17-Jährigen, die bis jetzt nicht die Möglichkeit haben zu wählen, die Fähigkeit und die Entscheidungskompetenz zutraut, dass sie den Gemeinderat wählen, warum sollten sie die dann nicht auch auf landespolitischer oder auch auf bundespolitischer Ebene haben. Ich möchte daher wirklich noch einmal dafür plädieren und zum Debattenbeitrag von der Frau Kollegin Frech, bezüglich des passiven Wahlalters, möchte ich nur erinnern, dass man da logischerweise schon differenzieren muss. Ich denke da nur einmal an die Bestimmungen der Bundespräsidentenwahl, wo ja bekannter Weise das passive Wahlrecht ab 36 Jahren limitiert wird. Zum Kollegen Payrleithner möchte ich abschließend noch sagen, diese Debatte ist sicherlich nicht

parteilich motiviert, auch wenn du es vielleicht so siehst, weil ich bin überzeugt, dass die Jugendlichen heute so kompetent und reif sind, dass sie sehr wohl ihre politische Meinung entwickeln und - das könnt ihr mir glauben, ich rede mit sehr vielen Jugendlichen von allen politischen Richtungen - ich habe überhaupt keine Bedenken, dass die Jugendlichen da vielleicht in eine gewisse politische Richtung tendieren würden, im Gegenteil. Die Erfahrungswerte in den anderen Bundesländern, wie eben in der Steiermark, in Kärnten und im Burgenland haben es ja gezeigt und Wien hat sich bereits ja auch dazu entschlossen, hinkünftig diese Altersgruppe zur Wahl zuzulassen. Die Zahlen zeigen es und stimmen, dass es wirklich ein Bedürfnis der Jugendlichen ist, auch wenn wir als Überwutzelte und Alte, wenn ich das jetzt so ganz gewöhnlich sage, anderer Meinung sind, vielleicht einen subjektiven Eindruck haben, aber das ist de facto 100 % nicht der Fall. Die Jugendlichen sind sehr wohl politisch interessiert und wollen nicht nur in Entscheidungsprozesse eingebunden sein, dass sie irgendwelche Aktionen und Projekte machen, sondern sie wollen sehr wohl auch politisch mitbestimmen. Daher kann ich persönlich diesen Antrag der Grünen auch nur unterstützen und ich lade alle ein und fordere alle auf, dieses mir auch gleich zu tun.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn wir unseren ändern, dann ist der ja überflüssig.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Walter Oppl

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein, die stellt ja jetzt einen Zusatzantrag.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich stelle einfach nur den Zusatzantrag, dass jetzt die Bürgermeisterwahl dezidiert drinnen ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, aber das machen wir nicht als Abänderungsantrag sondern als Zusatzantrag. Einverstanden?

Unverständlicher Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sind sie einverstanden, dass wir das so ergänzen? Okay, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Der Text wird jetzt noch einmal geändert, sodass die Bürgermeisterwahl auch inkludiert ist. Wenn sie mit dieser Abänderung des Dringlichkeitsantrages einverstanden sind, dann ersuche ich sie um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, GAL, LIF. Wer ist dagegen? FPÖ. Stimmenthaltungen? 8 (ÖVP u. Dr. Pfeil). Der Dringlichkeitsantrag mit dieser Ergänzung ist mit Mehrheit angenommen.

Wir haben heute Verhandlungsgegenstände mit einer Gesamtsumme von Euro 1.553.150,-- beschlossen.

Wir kommen jetzt zur „Aktuellen Stunde“.
Gibt es von der SPÖ eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Woche tagte der Gestaltungsbeirat, ein sehr wichtiges Thema, und in der neuen Zusammensetzung hat der Gestaltungsbeirat ganz klar formuliert, was ihm im formalen Umfeld gefällt und was ihm nicht gefällt. Der springende Punkt dabei ist, dass Projekte im Gestaltungsbeirat sind, die bei weitem noch nicht die Reife haben beurteilt werden zu können. Auf der anderen Seite wissen wir als politisch Verantwortliche, dass es Projekte gibt, die projekt- und gestaltungsbeiratetreibend wären, die aus unterschiedlichen Gründen aber nicht im Gestaltungsbeirat sind und auch nicht vorgelegt werden. Ich mache es an einem Thema fest. Das Thema „Studentenheim“ im Gaswerkgelände. Ein Thema, das im Bauausschuss - wie mir berichtet worden ist und wie es auch im Protokoll nachzulesen ist - sehr

unterschiedlich diskutiert worden ist. Auch im Bauausschuss wurde gesagt, und so ist es auch im Protokoll vermerkt, dass die Rahmenbedingungen bei weitem noch nicht hier sind, insbesondere was den Verkehr betrifft, dennoch hat man das Projekt dem Gestaltungsbeirat vorgelegt. Dieser hat sich außerstande gesehen, bei diesem Zeitpunkt der Diskussion, eine Beurteilung dieser Anlage zu machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wieso?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Weil die Rahmenbedingungen, die Voraussetzungen noch nicht geklärt sind, insbesondere der Verkehr. Die Stadt muss sehr wohl darauf achten, dass man diese Warnungen und Hinweise ernst nimmt. Es gab auch damals schon, bei der Errichtung der Fachhochschule, bei der Errichtung von FAZAT, warnende Stimmen was den Verkehr betrifft und dass ein Studentenheim kein Verkehrserreger ist, aber dort auch das Verkehrsgeschehen beeinträchtigen wird, das ist zweifelsfrei. Zum anderen weiß ich nicht, wo und wie die Diskussion hier im Gemeinderat oder in den Gremien geführt worden ist, wer wo bestimmt hat, dass die eine Gruppe, diese eine Firma oder dieser Verein, dort an dieser Stelle, dieses Heim errichtet. Ich weiß nicht, wo diese Entscheidung getroffen worden ist. Zuerst möchte ich einmal wissen, brauchen wir ein Studentenheim? Wenn ja, in welcher Größe, was haben wir dort sonst für Infrastruktur, welche Möglichkeiten haben wir im Altbestand, insbesondere im Steyrdorf und hier im Wehrgraben, hier Ressourcen zu bekommen? Diese Fragen sind alle nicht beantwortet worden. Ich ersuche dringend, dass vor Wiedervorlage im Gestaltungsbeirat, diese Fragen gelöst werden. Zum anderen möchte ich jetzt schon darauf hinweisen und darum bitten, dass sich alle Fraktionen über die neuen Statutenänderungen im Gestaltungsbeirat Gedanken machen. Der Bauausschuss hat letztes Mal einige wenige Statutenänderungen beschlossen, die auch auf das Wohlwollen der Gestaltungsbeiräte gefallen sind, aber sie sind ja auch gemeinderatspflichtig und ich schlage vor, dass wir uns gemeinsam einige Änderungen vornehmen, aus der Erfahrung der 10-jährigen Tätigkeit des Gestaltungsbeirates, auf die sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Personen, die hier immer da sind, das ist ja auch immer sehr personenabhängig, aber dass wir dem Gestaltungsbeirat schon auch ein Korsett geben, wo sie auch zurückgreifen können, wenn es haarig wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zum Thema Gestaltungsbeirat und Studentenheim möchte ich natürlich Stellung nehmen, weil ich selber im Gestaltungsbeirat dabei gewesen bin, wenn auch nicht bei diesem Punkt. Es geht darum, wie gestaltet man heute ein Haus, wie macht man eine städtebauliche Gestaltung? Natürlich gehört auch die Erschließung eines Gebäude immer wieder zum Bauwerk dazu. Ob die ganze Verkehrssituation dann in dem Bereich gleichzeitig diskutiert werden muss, das ist - glaube ich nicht Sache des Gestaltungsbeirates. Das ist meine Ansicht. Wer das Haus baut, ich sage einmal, wenn einer da ist, der das hinbauen möchte und der sucht sich einen Architekten, dann ist das sein gutes Recht und da kann ich auch nicht sagen, der darf das nicht machen. Das ist nun einmal so. Zum Thema, wie man mit den Bestimmungen umgeht, welche Projekte in den Gestaltungsbeirat kommen sollen, da bin ich ihrer Meinung, Herr Dr. Pfeil. Wir sollten im Rechtsausschuss, von mir aus auch im Planungsausschuss diese Sache noch einmal diskutieren, weil es auch aus meiner Sicht so ist, dass nicht immer klar ist, ob ein Projekt in den Gestaltungsbeirat gehen muss oder nicht. Diese Entscheidung, und wie diese Entscheidung getroffen wird, das sollten wir präzisieren, das ist auch meine Meinung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium. Ich möchte jetzt nicht noch lang und breit zu den Ausführungen vom Vizebgm. Pfeil, betreffend den Gestaltungsbeirat, hier jetzt das Wort ergreifen, bin aber grundsätzlich schon der Meinung, auch als Mitglied des Bauausschusses, wo wir uns ja auch immer mit den Themen, die dem Gestaltungsbeirat vorgelegt werden, beschäftigen, dass wir uns auch an die Richtlinien, die wir für uns selber geschaffen haben, halten sollten. Nicht, je nach dem wie es politisch opportun ist, gibt man einmal ein Projekt in den Gestaltungsbeirat und einmal nicht. Ich glaube, der Zubau der Wirtschaftskammer hätte nach den Richtlinien wahrscheinlich auch in den Gestaltungsbeirat gehört, das nur einmal am Rande erwähnt. Ich wollte aber in dem Zusammenhang „Gestaltungsbeirat“ noch zu einem anderen Projekt, das mir wichtig erscheint, kurz Stellung beziehen. Es ist hier erwähnt worden, das geplante Studentenheim im Wehrgraben. Ich habe hier, in der letzten Ausgabe auf der Seite des Bürgermeisters mit Erstaunen gelesen, dass der Herr Bürgermeister hier behauptet, er hält nichts von der Idee, dass die Stadt Privathäuser kaufen soll, um dort Studentenwohnungen zu errichten. Jetzt hätte es mich persönlich einmal interessiert, woher du,

Herr Bürgermeister, diese Aussagen hast, dass irgendwer gesagt hat, zumindest von politisch relevanter Seite, dass die Stadt Privathäuser erwerben soll. Ich kann mich nämlich nicht erinnern, oder zumindest ist mir das entgangen. Ich halte in erster Linie auch wenig davon, dass die Stadt jetzt Privathäuser kauft, bin aber sehr wohl der Meinung, bevor wir uns jetzt in gewaltige Unkosten mit großen Folgekosten, betreffend des Studentenheimes, stürzen, dass wir sehr wohl die Möglichkeit prüfen sollten, ob - und ich glaube, dass die Stadt sehr wohl diese Möglichkeit hat - im Stadtteil Steyrdorf, Wehrgraben oder rundherum, interessierte Besitzer von Privathäusern Interesse haben, vielleicht leerstehendes Potential in diese Richtung zu entwickeln, vielleicht auch unter einem Förderungsprogramm des Landes und auch mit der Unterstützung der Stadt.

Unverständlicher Zwischenruf von Bgm. Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich würde das sehr befürworten, ich glaube, dass das eine sehr gute Idee wäre. Alle die jemals eine Hochschule oder Universität besucht haben, werden das bestätigen können, dass viele Studenten lieber in Privatwohnungen wohnen, als in irgendwelchen großverwalteten Studentenheimen. Ich glaube das ist ein Faktum, meine Geschwister haben selber von privaten Studentenquartieren in Wien Gebrauch gemacht. Ich glaube, dass die Stadt diese Überlegung prüfen sollte, bevor wir hier zu einem Entschluss für dort unten kommen, neben anderen Problemen auch, was das Hochwasser, die Verkehrsproblematik usw. betrifft und ich glaube nicht, dass wir das jetzt unmittelbar mit dem Ankauf von Privathäusern verquicken sollten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP eine Wortmeldung?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich kann den Ausführungen des Herrn Bürgermeister nicht ganz folgen, weil so kann es ja nicht sein, dass wir über gemeindeeigene Grundstücke nicht einmal eine Entscheidung treffen, was mit denen passiert, ob wir überhaupt - und ich glaube, das wäre eigentlich das richtige Gremium, der Gemeinderat - wollen, dass dort etwas gebaut wird und wer soll das bauen. So kann es ja nicht sein, dass wir hier, wenn es um öffentliche Sachen geht, keine Ausschreibungen und nichts mehr machen, sondern einfach dann den Vergleich herzieht und sagt, na ja, ein Privater sucht sich ja auch irgendjemanden. Ich glaube, der Unterschied zwischen der öffentlichen Hand und einen privaten Investor ist schon da. Wenn man eine Entscheidung trifft, dass dort unten am Gaswerkareal etwas gemacht werden soll, dann glaube ich, ist das hier der richtige Punkt und da bin ich total beim Kollegen Dr. Pfeil, das ist zu früh für einen Gestaltungsbeirat, gar keine Frage. Das heißt, das ist noch nicht wirklich ausdiskutiert, was dort passieren sollte. Wenn der Bürgermeister sagt, bringen sie mir jemanden, der hier sein Privathaus verkaufen will, ich habe das schon gemacht und habe es ihm auch mitgeteilt, da gibt es 5 Häuser in der Wehrgrabengasse, die praktisch brach liegen und die nicht zu einem teureren Preis verkauft werden, sondern zu einem normalen Grundstückspreis. Da wird das Gebäude nicht einmal bewertet, weil verständlicherweise die Leute sagen, ja bitte was soll ich dort machen, in dem hochwassergefährdeten Gebiet, der Denkmalschutz sagt nur zu Wohnzwecken, ich kann dort aber nicht wohnen, weil es überflutet wird. Hier wäre eine wirkliche Alternative, in den oberen Stockwerken Studentenwohnungen zu machen und ebenerdig ebene reine Funktionsräume wie Fahrräderabstellräume usw. Aber das ist etwas, das gehört vorher diskutiert und nicht einfach aus der Hüfte geschossen sagen, aus und da gibt es irgendeine Gesellschaft und die soll das auf dem gemeindeeigenen Grundstück bauen. Ich bin da der Meinung, dass das eine klare Kompetenzüberschreitung des Bürgermeisters ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Mayrhofer, sie haben mir gesagt, dass es Häuser gibt und das weiß ich selber auch, dass es die gibt, dass die verkauft werden könnten, nur ich brauche ja einen, der da Studentenwohnungen daraus macht. Und den gibt es weit und breit noch nicht. Sie haben mir auch noch keinen gebracht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben einmal ein Förderungsprogramm für Steyrdorf gehabt und ein ähnliches Förderungsprogramm können wir aliquot auch jetzt auf diese Häuser angepasst ansetzen. Dann schaut die Welt anders aus.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Dann wird es auch interessant!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bringen sie mir zuerst einmal einen her.
Grüne?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte meinem Vorredner, dem Herrn Mayrhofer, hundertprozentig recht geben, was den ersten Teil und zum Großteil auch den zweiten Teil seiner Ausführungen betrifft. Speziell bei diesem ersten Punkt, liegst du bei deiner Beurteilung - glaube ich - völlig falsch. Wir reden hier über ein städtisches Areal, noch dazu ein Areal, das zentrumsnah ist, von großer Qualität ist und lange von uns als Vorbehaltsfläche geschützt worden ist, dass dort ja nichts passiert. Dann passiert so etwas, wie es in der letzten Planungsausschusssitzung passiert ist, dass wir ohne Information einen Projektvorschlag bekommen; wir haben nicht einmal ein Projekt gehabt, wir haben einen Betreiber präsentiert bekommen und die Vorgangsweise wurde uns aufs Aug gedrückt. Es ist sofort in den Gestaltungsbeirat weitergegangen und gleichzeitig haben wir in der selben Sitzung über ein anderes Areal, vielleicht noch wichtiger, eine Entscheidung getroffen, die viel weitsichtiger war, als wie eben zuerst zu überlegen, welche Nutzungen wir brauchen, was ist erwünscht, und diese Nutzungen nicht nur durch politischen Zuruf passieren, sondern dass sich das Experten anschauen und dass wir uns vorher überlegen, welche Nutzungen machen dort einen Sinn. Das Gaswerkareal ist meines Erachtens sehr wichtig, und da sind wir eh alle einer Meinung, für die Weiterentwicklung der Fachhochschule. Das Studentenheim ist eine Nutzung, möglicherweise eine sehr wichtige Nutzung, aber es gibt auch noch andere Nutzungen, die auf diesem Areal stattfinden können. Wir müssen uns natürlich auch über ein sehr dringendes Problem dort unten, über die verkehrliche Bewältigung, Gedanken machen. Darum ist das auch ein Thema, das in ein Gesamtkonzept inkludiert gehört. Dieses Gesamtkonzept brauchen wir aber vorher und in diesem Gesamtkonzept müssen wir uns als Stadt auch überlegen, was tun wir mit diesen Gebäuden, denn großartige Nutzungen Privater, wird es in diesen Gebäuden nicht mehr geben. Wir sind hier in einem Bereich, wir haben das FAZAT renoviert, wir renovieren die Schwimmschule, wir haben dazwischen Gebäude, die renoviert worden sind, nur mitten drinnen, gleich neben dem Otto, ist sozusagen dieser verwairste Bereich, wo es keine Ideen gibt. Das ist kein Schmuckstück, wenn ich mir überlege, dass internationale Experten, Referenten, Besucher, die zum Tageszentrum Museum Arbeitswelt fahren und die müssen da vorbei; und als Wirtschaftsstandort, wo wir speziell auch in diesem Bereich eine Forschungsfirma haben, die zumindest jetzt noch dort ist, da denke ich mir, da müssen wir uns bei der gesamten Planung auch über diesen Bereich Gedanken machen. Aus diesem Grund, denke ich mir, hat der Gestaltungsbeirat diese Woche eine sehr weise Entscheidung getroffen und ich denke mir, dass wir die Diskussion wirklich in diese Richtung versachlichen können, dass wir uns im nächsten Planungsausschuss intensiv damit auseinandersetzen und ich plädiere dafür, auch in diesem Bereich vorher ein Nutzungskonzept zu machen und uns dann zu überlegen, ob es gescheiter ist, da oder dort ein Studentenheim hinzumachen und diese Zeit können wir vielleicht auch nutzen, um eine Bedarfsanalyse zu machen. Die einzige Bedarfsanalyse, die wir derzeit haben, ist die, dass die Fachhochschule sagt, wir bekommen 300 oder 400 Studenten bis 2005.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

500!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

500 Studenten mehr. Nur das ist eine absolute Zahl, ob diese 500 tatsächlich in ein Studentenheim wollen, ist nicht evaluiert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich weiß ja nicht einmal genau, wo die wohnen wollen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Kann ja sein, aber ich glaube, dass es notwendig sein wird, ein Studentenheim zu errichten. Nur ich glaube, dass wir eine gescheite Planung machen müssen und dass wir nicht aus der Hüfte heraus schießen können. Der Herr Falkner hat sich hervorragend mit dem Areal auseinandergesetzt, der hat dort schon sehr viel gemacht, nur wir können nicht diese Planungspolitik fortsetzen, dass da ein Architekt kommt und sagt, das stellen wir jetzt auf ein städtisches Areal, das eine Vorbehaltsfläche war und das machen wir so. Darum würde ich die Vorgangsweise vorschlagen, dass wir das im nächsten Planungsausschuss intensiv diskutieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eine Möglichkeit, das können wir eh machen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich glaube, es sollte dir zu denken geben, wenn jetzt sowohl der Vertreter der FPÖ, wie auch ÖVP, wie auch der Grünen - und ich muss sagen, ich kann nur alles im Großen und Ganzen unterstreichen und möchte nicht wiederholen, was von den einzelnen Herren gesagt wurde - wenn jetzt 4 Vertreter der eisernen Fraktionen heraußen gestanden sind und einhellig zu dem gleichen Ergebnis kommen. Ich glaube, man hat in diesem Fall ganz einfach versucht, und ich nehme an, dass das von deiner Seite her gekommen ist, wir haben bis jetzt noch nicht gehört, wer es entschieden hat ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wer war das?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich gehe davon aus, die oberste Person, der Herr Bürgermeister war es, dann hat man ganz einfach versucht einen Point of no return zu erreichen und zwar sehr rasch. Ich kann mich an diese Stadtentwicklungsausschusssitzung erinnern, wie wir zum ersten Mal mit diesem Thema konfrontiert waren, da hat es zu Beginn der Sitzung noch nicht einmal Unterlagen gegeben, nicht eine DIN A4 Seite. Wie wir dann zu diesem Tagesordnungspunkt gesprochen haben, hast du, Herr Bürgermeister, gesagt, da gibt es deshalb nichts, weil da gibt es nur ein paar Gespräche und am Ende der Sitzung sind wir mit einem im Prinzip fix und fertigen Modell, das wir gesehen haben, herausgegangen. Im Laufe der Zeit hat man dir mehr oder weniger aus der Nase ziehen können, der Betreiber steht schon fest, das ist die WIST, dort wird dieses Studentenheim geplant und errichtet wird es von der GWG - und das war alles innerhalb dieser einen Sitzung. Zu Beginn war noch gar nichts und am Schluss war eigentlich alles fixiert. Der Gestaltungsbeirat am Dienstag hat letztlich ja gezeigt, dass es nicht die Grundlage seriöser Planung sein kann, dass man zuerst etwas plant, etwas fixiert und erst im Nachhinein vielleicht einmal einen Grundsatzbeschluss herbeiführt. Einen Grundsatzbeschluss, sehr geehrter Herr Bürgermeister, gibt es bis heute nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber man versucht Fakten zu schaffen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Walter, sieh das leidenschaftslos!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, mich würde jetzt nur eines interessieren. Inhaltlich möchte ich mich nicht mehr wiederholen, aber ein Punkt ist noch nicht gefallen. Ich gehe davon aus, dass normalerweise jemand nur dann einen Architekten beauftragt und etwas so relativ fertig in den Gestaltungsbeirat gibt, wenn er eine fixe Zusage hat, dass er über ein Grundstück verfügen kann. Niemand lässt Kosten entstehen, der Architekt muss bezahlt werden, niemand macht das ohne eine Zusage. Herr Bürgermeister, wer hat eine Zusage erteilt, dass über dieses Areal verfügt werden kann, dass auf diesem Areal die GWG ein Studentenheim bauen kann, das von der WIST betrieben wird? Wer hat das gemacht und wann ist das passiert? Ich möchte da eine klare Antwort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nach dem ich so klar angesprochen worden bin, möchte ich das auch ganz klar beantworten. Der Vorgang war so, dass die WIST zu mir gekommen ist, sie möchte in Steyr ein Studentenheim bauen. Es gibt ja nicht nur erst seit wenigen Wochen oder Monaten Vorschläge, wie der Bereich dort unten so verbaut werden könnte, dass in Zukunft in diesem Bereich eine Art Campus entstehen könnte. Das heißt, es gibt einen Plan, vielleicht kennst du ihn Andi, der ist schon relativ alt, der stammt schon aus der Zeit, wo das erste Fachhochschulgebäude, also das FAZAT, damals geplant worden ist, wo auch anschließend dieser gesamte Bereich untersucht worden ist, wie das aussehen könnte. In der letzten Zeit, und jetzt sage ich einmal speziell nach dieser Zukunftskonferenz, ist wieder der Wunsch ganz stark von den Studentenvertretern, von den Fachhochschullehrgangslern an mich herangetragen worden, doch ein Studentenheim zu errichten. Der Herr Falkner, der bei der Zukunftskonferenz dabei war, ist halt ein besonders rühriger Architekt, der Vorschläge erarbeitet hat und die er mir vorgelegt hat, ohne irgendwelche Kosten zu verrechnen, sondern das waren seine Ideen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, das stimmt leider nicht!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das stimmt so, ich sauge mir da doch nicht irgendetwas heraus, sondern das war so. Die sind bei mir im Büro gewesen, die haben mir das auch so gezeigt und es gibt nicht nur einen Vorschlag. Nachdem der Herr Falkner das geplant hat und mir das gezeigt hat, ist er auch auf Argumente eingegangen, die dahin gegangen sind, weil ja gefragt worden ist, wie entwickelt sich denn die Fachhochschule in nächster Zeit und da hat es auch eine konkrete Frage vom Herrn Baudirektor an die Fachhochschule gegeben, wie denn das aussieht. Daraufhin hat der eine genaue Darstellung gebracht, wie sich die wahrscheinlichen Schülerzahlen entwickeln werden und daraus abgeleitet hat der Herr Falkner eine Planung gemacht, wenn wir dort ein Studentenheim hinbauen, ob wir dann die weiteren Bauaktivitäten für eine mögliche Erweiterung der Fachhochschule unter Umständen behindern könnten. Da hat sich ganz klar herausgestellt, auch nach einer Diskussion im Förderverein Steyr, wo sie nicht waren, Herr Mayrhofer, dass diese Zahlen einmal auf den Tisch gelegt worden sind und dass die Volumina, die dort für einen weiteren Ausbau der Fachhochschule gebraucht werden und die Entstehung eines Campus ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Für die nächsten 5 Jahre bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

... und die Entstehung eines Campus in diesem Bereich absolut leicht und möglich dargestellt werden können.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

5 Jahre, das ist Faktum.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Tut mir Leid, ich kann ihnen das nur so sagen, ich habe den Plan, wie sich die Studentenzahlen entwickeln und auch Pläne, wie sich das dort flächenmäßig darstellt, alles bei mir liegen, das ist alles in einem Stadium geschehen, wo man über diese ganzen Fälle theoretisch diskutiert hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, ich habe 2 klare Fragen gestellt, die nicht beantwortet worden sind. Gibt es eine Zusage an die WIST, dort ein Studentenheim betreiben zu können? Wenn ja, von wem stammt ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt den Wunsch, dass man dort eines hinstellt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Gibt es Zusagen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das habe ich eh gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum hat die WIST dann den Auftrag zur Planung gegeben?

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die WIST hat meinen Wunsch ernst genommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aha, der Wunsch stammt vom Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Freilich der Wunsch ist von mir, das ist ja klar, dass ich sage selbstverständlich, wenn die Studentenvertreter und Studienlehrgangsgleiter zu mir kommen und sagen, sie brauchen dringend Studentenwohnungen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Was machen sie, wenn der Gemeinderat nicht zustimmt?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Machen wir es so Herr Mayrhofer, ich lege euch beim nächsten Planungsausschuss alle Pläne hin, wir können da noch einmal darüber diskutieren, vielleicht sind sie der Verhinderer eines Studentenheimes in dem Bereich, aber ich bin der Meinung, dass wir dort sehr wohl ein Studentenheim brauchen. Wenn sie da anderer Meinung sind, oder wenn andere Fachleute zu einer anderen Entscheidung kommen, soll es so sein, aber dann haben wir halt dort keines.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT WALTER OPPL

Fakt ist, dass es keinen Auftrag gibt und gar nichts.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wie gibt es das dann, dass es in den Gestaltungsbeirat kommt, ohne dass jemand den Auftrag dazu gegeben hat?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weil es der Baudirektor auch so wünscht, dass er sagt, schauen wir da einmal drüber.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, das ist keine Wunschgrube, das ist ein Gemeinderat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Kommen sie das nächste Mal in den Planungsausschuss und dann schauen wir uns das an.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie sagen nach wie vor, dass der Architekt Falkner freiwillig und ohne Auftrag geplant hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt nicht!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das kann ich ihnen zeigen, der hat bei mir 10 Pläne liegen, ohne dass er einen Schilling dafür bekommen hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er bekommt es erst.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, er bekommt es nicht, das ist sein Risiko. Ich glaube, er hat auch beim Wirtschaftsnetzwerk Steyr eine Planung für ein Hotel und einen Übergang vorgelegt und hat dort keinen Groschen bekommen. Wenn sie das nicht glauben, dann tun sie mir leid.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es ist jedem freigestellt zu mir zu kommen, mir einen Plan herzulegen, auch ohne Auftrag von mir.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei ihnen gibt es vielleicht keine Gratisleistungen, beim Herrn Falkner schon.

So ist das, damit möchte ich die Sitzung auch schließen.

„Aktuelle Stunde“ ist noch immer.

ÖVP? Grüne? LIF?

Danke schön, somit ist die Sitzung geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 18.20 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Stephan Keiler

GR Mag. Michaela Frech